



## Zwischenbericht 2008

Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Entwicklungstendenzen im politischen Extremismus .....</b>	<b>3</b>
1.1	Rechtsextremismus .....	3
1.2	Linksextremismus.....	4
1.3	Ausländerextremismus .....	6
1.4	Islamismus.....	7
1.5	Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität – Berichte des Landeskriminalamtes und des Justizministeriums .....	9
1.5.1	Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) – Bericht des LKA.....	9
1.5.2	Politisch motivierte Kriminalität - Links .....	13
1.5.3	Politisch motivierte Kriminalität - Rechts .....	13
1.5.4	Politisch motivierte Ausländerkriminalität .....	14
1.5.5	Weiterhin hohe Gefährdung durch den Islamismus .....	15
1.5.6	Bericht des Justizministeriums .....	15
<b>2</b>	<b>Parteiahe Jugendzeitschriften einer neuen sozialen Bewegung von rechts .....</b>	<b>16</b>
2.1	Einleitung und Fragestellung .....	16
2.2	Medien einer Bewegung von rechts: informationelles Kapillarsystem und Elemente der Erlebniswelt.....	16
2.3	Rahmendaten zu den Jugendzeitschriften .....	17
2.4	Titel(seiten) und Editorials der Jugendzeitschriften .....	17
2.5	Vernetzungsleistung .....	19
2.6	Schlussfolgerungen und Zusammenfassung .....	22
<b>3</b>	<b>Die Tablighi Jama'at.....</b>	<b>24</b>
<b>4</b>	<b>Grenzenlose Menschenfeindlichkeit.....</b>	<b>28</b>
	<b>Ein Vergleich von türkischem und deutschem Rechtsextremismus</b>	
4.1	Ideologische Grundzüge des deutschen Rechtsextremismus .....	28
4.2	Ideologische Grundzüge des türkischen Rechtsextremismus .....	29
4.3	Vergleich.....	31

# 1 Entwicklungstendenzen im politischen Extremismus

## 1.1 Rechtsextremismus

Der Landesverband der 'Nationaldemokratischen Partei Deutschlands' (NPD) in NRW bereitet sich intensiv mit internen Schulungen, öffentlichen Aktionen (Info-Stände, Mahnwachen usw.) und organisatorischen Maßnahmen (Gründung weiterer Kreis- und Ortsverbände) auf die Kommunalwahlen 2009 in NRW vor. Durch die Vielzahl an Info-Ständen und Verteilaktionen wird versucht, sich als Partei im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. Allerdings hat die NPD auch erkannt, dass sie ohne flächendeckende kommunale Basis keine Aussichten hat, bei der Landtagswahl im Jahr 2010 nennenswerte Erfolge zu erzielen; bereits das Erreichen der Wahlkampfkostenerstattungsgrenze dürfte Probleme bereiten. Aus diesem Grund versucht die NPD, neue Mitglieder zu werben, und baut die örtliche Organisationsstruktur weiter aus. Diese Strategie hat insofern Erfolg, dass bei der NPD ein relativ hoher Anteil von Parteimitgliedern inzwischen auch aktiv tätig ist.

Wie bei der Absprache im "Deutschland-Pakt" auf Bundesebene haben sich auch in NRW die Vertreter von DVU und NPD getroffen, um sich bezüglich des Wahlantritts bei der Kommunalwahl abzustimmen. Ziel dieser Absprache war es, eine Zersplitterung des extremistischen Wählerpotenzials vor Ort zu vermeiden. Angeblich haben sich DVU und NPD darauf geeinigt, nicht gegeneinander zu kandidieren und jeweils Vertreter der anderen Partei auf der eigenen Liste mit aufzustellen. Die NPD dürfte in den Gemeinden antreten, in denen sie aktuell mit Mandatsträgern vertreten ist bzw. in denen sie seit der letzten Kommunalwahl arbeitsfähige Strukturen aufgebaut hat. Die DVU dürfte in Dortmund und Stolberg (Kreis Aachen) antreten, möglicherweise auch in Düsseldorf.

Auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen NPD am 15. Juni 2008 wurde als neuer Landesvorsitzender der bisherige Landesgeschäftsführer Claus Cremer gewählt. Es bleibt abzuwarten, ob der insgesamt doch recht schwach aufgestellte Landesverband Nordrhein-Westfalen dadurch aktiver wird. Auf jeden Fall dürfte es jedoch zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit mit den so genannten "Freien Nationalisten", den Neonazis kommen. Claus Cremer ist kein Exponent des strikten Abgrenzungskurses gegenüber bestimmten Teilen der Neonazi-Szene, wie sie vom Bundesvorstand der NPD vertreten wird.

Probleme im Finanzbereich könnte die Bundes-NPD bekommen. Nach der erstinstanzlichen Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin hat die Bundestagsverwaltung für die Jahre 1998 bis 2000 870.000 € von der NPD zurückgefordert. Da weitere Finanzprüfungen von NPD-Landesverbänden beabsichtigt sind besteht die Möglichkeit, dass es zu weiteren Rückforderungen von Wahlkampfkostenerstattungen durch die Bundestagsverwaltung kommt. Dies dürfte die NPD, die bereits Personal hat entlassen müssen, finanziell stark belasten. Ebenfalls zu möglichen Rückforderungen könnten die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit der Festnahme des Bundesschatzmeisters der NPD führen. Gegen diesen wird in erster Linie wegen Untreue zu Lasten der NPD ermittelt. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass durch seine Aktivitäten auch die Rechenschaftsberichte der NPD nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entsprachen, wodurch es zu Rückforderungen durch die Bundestagsverwaltung kommen könnte. Insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen der Jahre 2009/2010 könnte dies zu einem finanziellen Engpass bei der NPD führen, durch den die Arbeitsfähigkeit der Parteistruktur gelähmt würde.

### Neonazi-Szene

Während die Neonazi-Szene insgesamt in Nordrhein-Westfalen relativ konstant bei ca. 460 Personen stagniert, ist innerhalb dieser Szene eine Teilgruppierung deutlich erstarkt: die so genannten Autonomen Nationalisten. Diese dürften in Nordrhein-Westfalen inzwischen ca. 100 Personen ausmachen.

Dabei liegt das Schwergewicht im (östlichen) Ruhrgebiet. Eine kleinere Gruppe von ca. 10 Personen gibt es im Großraum Aachen. Hier gab es teilweise Konflikte zwischen diesen Personen und der NPDe-nahen Kameradschaft Aachener Land. Von Seiten der NPD bzw. der Kameradschaft Aachener Land wurde versucht, die Linie des Bundesvorsitzenden Voigt der NPD durchzusetzen: "Unsere Fahnen sind schwarz, unsere Blöcke nicht!".

Hintergrund ist das bundesweite Auftreten der so genannten Autonomen Nationalisten, die in ihrem Erscheinungsbild und ihrem Auftreten, ihren Verhaltensweisen linksautonome Vorbilder kopieren. Die dabei auf Demonstrationen tendenziell gezeigte Gewaltbereitschaft passt nicht in das politisch-strategische Kalkül der NPD-Führung. So marschierte innerhalb der neonazistischen Demonstration am 1. Mai 2008 in Hamburg, an der auch die NPD teilnahm, ein Block von mehreren Hundert Angehörigen der Autonomen Nationalisten. Im Vorfeld der Demonstration kam es zu einer Schlägerei zwischen Rechts- und Linksextremisten, als eine größere Anzahl vermummter Autonome Nationalisten auf linke Autonome traf. Die Schlägerei konnte erst nach einiger Zeit von der Polizei unterbunden werden. Innerhalb der neonazistischen/rechtsextremistischen Szene hat das Auftreten der Autonomen Nationalisten auf Demonstrationen dazu geführt, dass verstärkt andere Rechtsextremisten zumindest auf Demonstrationen im gleichen schwarzen Outfit erscheinen, ein Effekt, wie er aus der linksextremistischen Szene bekannt ist.

In Nordrhein-Westfalen sind Autonome Nationalisten in größerer Zahl (ca. 40 bis 50) auf Demonstrationen in Stolberg aufgetaucht. Hier war es am 4. April 2008 zu einem Tötungsdelikt an einem 19-Jährigen gekommen. Der Tod dieser Person war für die rechtsextremistische Szene Anlass für mehrere Demonstrationen in Stolberg.

### **pro Köln/pro NRW**

'Pro Köln' bereitet sich wie die Neugründung 'pro NRW' ebenfalls auf die Kommunalwahl 2009 in NRW vor. Dabei scheint die vollmundig angekündigte Ausweitung von 'pro NRW' mit Regionalstrukturen im ganzen Land ins Stocken geraten zu sein. Zwar wird auf der Webseite von 'pro NRW' von etlichen Bezirks- und Kreisverbänden berichtet. In der Realität ist vom größten Teil dieser Unterorganisationen aufgrund der anscheinend dünnen Personaldecke aber wenig zu sehen. Allerdings ist 'pro NRW' seit April 2008 im Verzeichnis der Parteien und politischen Vereinigungen beim Bundeswahlleiter eingetragen.

Das VG Düsseldorf – bestätigt durch das OVG Münster – hat festgestellt, dass sich insbesondere aus Äußerungen in den 'pro Köln'-Infoblättern sowie aus Artikel, die sich im Archiv der Homepage von 'pro Köln' befinden, Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen ergeben, die die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot verletzen. Ausländer bzw. Migranten würden mit überwiegend drastischer Wortwahl anhaltend negativ bewertet, herabgesetzt und ausgegrenzt. Der gleiche Stil und die gleichen Themen, nämlich die Ausgrenzung von Ausländern und Migranten aus der Gesellschaft, wird auch von 'pro NRW' verfolgt. Auf der Webseite von 'pro NRW' sind die gleiche Wortwahl und die gleiche Zielrichtung zu erkennen. Flugblätter mit derartigen Inhalten werden teilweise von 'pro NRW' und 'pro Köln' gemeinsam herausgegeben. Auch wegen der teilweisen Personenidentität innerhalb der Führung von 'pro Köln' und 'pro NRW' lassen sich daher die Anhaltspunkte, die zur Beobachtung von 'pro Köln' geführt haben, auch auf 'pro NRW' übertragen.

Dieser Gleichklang bei der politischen Ausrichtung zeigte sich auch bei der Vorbereitung des sogenannten Anti-Islamisierungskongresses, der in der von 'pro Köln' geplanten Form nicht stattgefunden hat. Gegen diesen Kongress hatte sich von Beginn an im linken bzw. linksextremen, aber auch im bürgerlichen Lager Widerstand formiert. An den Protesten war unter anderem die autonome Szene beteiligt.

'Pro Köln' wollte, unterstützt von 'pro NRW' sowie weiteren ausländischen Parteien und Gruppen, mit dem Kongress den Beginn des Kommunalwahlkampfes markieren und den Versuch unternehmen, "eine supranationale Plattform der europäischen Rechtspopulisten dauerhaft zu installieren", so der Vorsitzende von 'pro Köln' im Internet. Vertreter europäischer Parteien waren wie vorgesehen in Köln, unter anderem vom belgischen 'Vlaams

Belang', der österreichischen FPÖ und der italienischen ‚Lega Nord‘. Bei den genannten ausländischen Parteien gibt es Themen und Äußerungen, die – gemessen an der Bewertung des deutschen Rechtsextremismus – die Grenze des Rechtspopulismus überschreiten und hinreichende Anhaltspunkte für den Verdacht einer extremistischen Bestrebung böten, ohne dass die Parteien im Ganzen als extremistisch zu beurteilen wären.

## **1.2 Linksextremismus**

### **Militante Linksextremisten/Autonome**

Insbesondere die Gruppierungen, die bereits 2007 in Heiligendamm Organisatoren der Demonstrationsteile waren, aus denen heraus es zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen war, sehen den Antiislamisierungskongress von 'pro Köln' als Möglichkeit, die linksextremistischen Kräfte zu bündeln und stärker zu vernetzen. Eine Demonstration aus diesem extremistischen Bereich wurde bereits angemeldet, für die bundesweit geworben wird. Ziel ist es, durch Blockaden und notfalls Durchbrechen von Polizeiabsperrungen den Kongress zu verhindern.

Daneben ist die linksextremistische autonome Szene bestrebt, sich Freiräume abseits staatlicher Zugriffsmöglichkeiten zu schaffen. Neben entsprechenden Kundgebungen wird diese Zielsetzung auch mit temporären oder dauerhaften Hausbesetzungen verfolgt; im März wurden unter Bezug auf Auseinandersetzungen um ein besetztes Objekt in Berlin zwei Polizeifahrzeuge in Bonn zerstört.

Eng verbunden mit der Schaffung "autonomer Freiräume" ist der Versuch einer "Zurückeroberung öffentlichen Raumes". Im Rahmen der "Reclaim the streets!"-Kampagne und der "Europäischen Freiraum-Aktionstage" am 11. und 12. April 2008 gelang es der autonomen Szene unter anderem in Köln, einen Abend lang einen Verkehrsknotenpunkt zu besetzen und den Straßenverkehr in der Innenstadt lahm zu legen. Diese Aktionen wirken unvorbereitet und fröhlich, da sie durch Clowns, Stelzenläufer, Straßentheater und wildem Barbecue den Charakter eines chaotischen Straßenfestes annehmen. Diese Aktionen werden aber im Geheimen vorbereitet und erst bei der Durchführung werden dann anpolitisierte Jugendliche über "Flashmobs" (Spontanaktionen, zu denen mittels SMS aufgerufen wird, zur Teilnahme aufgerufen. Derartige Aktionen lassen sich nur direkt zu Beginn unterbinden, da sich ansonsten eine zu starke Eigendynamik entwickelt.

### **Partei DIE LINKE**

Die Partei 'DIE LINKE' entstand im Juni 2007 durch den Anschluss der 'Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit' (WASG) an die 'Linkspartei.PDS'. In Nordrhein-Westfalen wurde der Beitritt auf dem Parteitag in Gladbeck am 20./21. Oktober 2007 nachvollzogen.

Nach Angaben der Partei konnte sie in den ersten vier Monaten bundesweit knapp 3.000 neue Mitglieder verzeichnen (Stand 31. Dezember 2007: 71.711; Stand 30. Juni 2008: 74.208). In Nordrhein-Westfalen stieg im gleichen Zeitraum die Mitgliederzahl um knapp 800 von 5.905 auf 6.703.

Mittlerweile ist die Partei in vier westdeutschen Landtagen vertreten (Bremen 2007, Niedersachsen, Hessen und Hamburg 2008). Sie erreichte dabei Wahlergebnisse von 5,1 % (Hessen) bis 8,4 % (Bremen).

Mit den Wahlerfolgen ging einher eine bedeutende Steigerung der medialen tagespolitischen Aufmerksamkeit. Koalitionsfragen, Tolerierungsdiskussionen und die (mediale) Präsenz der Führungsfiguren überschatteten vielfach das Vorhandensein linksextremistischer Tendenzen. Eine Ausnahme bildete der erstmalige Einzug einer DKP-Aktivistin in einen deutschen Landtag.

### **1.3 Ausländerextremismus**

#### **Türkische Hizbullah**

Laut einem Bericht in der türkischen Tageszeitung "Hürriyet" vom 8. Mai 2008 plant die sogenannte 'Türkische Hizbullah' (TH) – deren Anhänger trotz der Bezeichnung fast ausschließlich kurdischstämmig sind – sich mit unabhängigen Kandidaten an den für März 2009 geplanten Kommunalwahlen in der Türkei zu beteiligen. Im Jahre 2000 hatten die Sicherheitsbehörden die zentralen Strukturen der TH in der Türkei, die sich durch Entführungen und bestialische Morde auszeichnete, zerschlagen. Die TH scheint sich nunmehr am Modell der libanesischen 'Hizb Allah' orientieren zu wollen. Das heißt, dass sie sowohl militant als auch als politische Partei auftreten will. Schon Ende 2006 hatte eine europäische Tageszeitung berichtet, dass eine von den Sicherheitsbehörden der TH zugerechnete Organisation in der Türkei Kinder aus armen Familien bei ihrer Ausbildung finanziell unterstütze, was tatsächlich dem Vorgehen der 'Hizb Allah' aber auch der HAMAS entspräche. Zugleich ist eine Vernetzung von TH-nahen Personen in Nordrhein-Westfalen und eine Öffentlichkeitsarbeit mittels Publikationen und Internet durch TH-Kreise zu beobachten.

#### **PKK/Kongra Gel**

Aus Anlass der Entführung dreier deutscher Bergsteiger am Berg Ararat in der Osttürkei fand am 17. Juli in Berlin eine Pressekonferenz der YEK-KOM statt. Dort wurde die Entführung unter anderem als Folge einer in der Kurdenfrage "pro-türkischen" Politik der Bundesregierung dargestellt. Ein direkter Zusammenhang mit dem am 19. Juni 2008 verfügten Verbot des 'Kongra-Gel'- bzw. PKK-nahen TV-Senders 'Roj-TV' wurde jedoch nicht hergestellt. Für die Entführung sei vielmehr eine lokale Gruppe verantwortlich. Die Forderungen an die Bundesregierung, wie die Wiederzulassung des verbotenen TV-Senders, seien nicht an die Freilassung der Geiseln gekoppelt. In diesem Zusammenhang gab man an, durch gute Kontakte mäßigend auf die PKK-nahen Kurden in Europa und auf die sogenannten 'Volksverteidigungskräfte' (HPG), den militärischen Arm der Organisation, einwirken zu können.

Der Einmarsch türkischer Streitkräfte Anfang des Jahres in den Nord-Irak zur Bekämpfung von PKK-Lagern lies die Kurden in Nordrhein-Westfalen offensichtlich näher zusammenrücken und führte auch zu einer solidarischen Haltung mit der PKK und ihren hiesigen Vertretern. Dies erleichterte PKK-Aktivisten hierzulande die Propaganda und Spendensammlung.

Die vorangegangenen Terrorangriffe der PKK gegen türkische Einrichtungen und Streitkräfte bewirkten umgekehrt in der Türkei aber auch unter Türken in Deutschland eine zunehmende Zustimmung zu einem harten und entschlossenen militärischen Vorgehen gegen die PKK-Terroristen. Auch extrem nationalistische türkische Gruppen konnten diese Stimmungslage nutzen und für ihre konfrontative Haltung gegenüber Kurden im Allgemeinen mehr Verständnis unter den Türkischstämmigen in Deutschland erwarten.

#### **Nationaler Widerstandsrat Iran/Mojahedin-e Halq**

Anhänger des 'Nationalen Widerstandsrats Iran' (NWRI) in Nordrhein-Westfalen, vertreten durch den 'Rat der Iraner' in Köln, machten in der ersten Jahreshälfte durch fünf Kundgebungen auf sich aufmerksam, die auf der Domplatte mit 30-70 Teilnehmern durchgeführt wurden. Thematisch ging es wie schon im Vorjahr vor allem um die Kritik an der Nennung der 'Volksmujahedin' (MEK) auf der EU-Terrorliste, das Atomprogramm Irans und die Menschenrechtsverletzungen in Iran.

#### **Liberation Tigers of Tamil Eelam**

Parallel zu der sich erneut verschärfenden gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen der Terrororganisation 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) und den Streitkräften Sri Lankas läuft auch hier die Unterstützungstätigkeit von Organisationen, die der LTTE zugeordnet werden. Am 28. Juni 2008 fand in Düsseldorf eine vom 'Tamil Coordination Center' (TCC) angemeldete Demonstration von Anhängern der LTTE statt, an der ca. 3.500 tamilische Volkszugehörige teilnahmen. Im Unterschied zu früheren Demonstrationen wurde diesmal auch Plakate und

Fahnen mit den Symbolen der LTTE gezeigt. Bei dieser Demonstration wurden ferner Postkarten verteilt, die an die Bundeskanzlerin adressiert waren, und auf denen um eine europäische Vermittlung im Konflikt gebeten wurde. Die Postkarten wurde gegen eine freiwillige Spende abgegeben. Die Kundgebung, die unter dem Motto "Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Tamilen" stand, endete vor dem nordrhein-westfälischen Landtag ohne Zwischenfälle.

#### **1.4 Islamismus**

Die Gefährdung durch islamistisch motivierte Personen, die dem militanten Spektrum zuneigen und sich ideologisch an 'al-Qaida' oder ähnlich ausgerichteten Gruppen orientieren, wird vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz als gleichbleibend hoch eingeschätzt. Im ersten Halbjahr 2008 ist es nicht zu spektakulären Festnahmen oder Anschlagversuchen gekommen, wie Mitte 2007 im Sauerland und 2006 durch die sogenannten "Kofferbomber". Dennoch haben die Sicherheitsbehörden weiterhin einzelne Personen und ihre Kontakte im Blick, von denen potentiell eine Gefährdung der inneren Sicherheit ausgeht.

Anders als die weltweit handelnde, "den Westen" an sich bekämpfende 'al-Qaida' und ihr zugehörige oder nahestehende Netzwerke und Gruppierungen, werden in diesem Zwischenbericht Organisationen mit ausschließlich regionaler Agenda bewertet. Auch wenn diese im Ausland ihre politischen Ziele mit militanten oder mit terroristischen Mitteln verfolgen, verhalten sie sich in Deutschland nach wie vor ruhig. Eine von ihnen ausgehende Terrorgefahr in Deutschland ist zurzeit nicht erkennbar.

Sogenannte legalistische islamistische Organisationen sind seit längerer Zeit darum bemüht, als Ansprechpartner auf muslimischer Seite von der deutschen Gesellschaft, deutschen Behörden und der Politik anerkannt zu werden. Sie sprechen sich bei vielen Gelegenheiten gegen islamistisch motivierten Terror aus und sind nicht militant. An Gesprächsrunden von bundesweiter Bedeutung zum Thema Islam nehmen auch Vertreter dieser legalistisch islamistischen Organisationen teil. Ein offenes Propagieren islamistischer und antiwestlicher Positionen würde dem genannten Bemühen dieser Organisationen zuwider laufen. Nichtsdestotrotz ist sowohl auf der Führungsebene als auch an der Basis dieser Organisationen bei einem erheblichen Teil der Anhängerschaft ein Festhalten an islamistischen, antiwestlichen und antisemitischen Haltungen zu erkennen.

Aktivitäten salafistischer, das heißt einem puristisch-fundamentalistischem Islamverständnis anhängender Prediger, von denen einige aus Nordrhein-Westfalen kommen, sind verstärkt zu verzeichnen. Das von diesen Predigern vermittelte Weltbild ist aufgrund der vollkommenen Ablehnung all dessen, was nicht als "islamisch" erachtet wird, dazu geeignet, einen Einstieg in eine islamistische Radikalisierung zu ermöglichen. Mit der Zielsetzung, ihre Missionsarbeit weiter zu stärken, lässt sich hier eine zunehmende Vernetzung und organisatorische Zusammenarbeit von Salafisten bei sogenannten "Islamseminaren", Predigten und im Internet beobachten.

In verschiedenen islamistischen Internetforen wurden in der Vergangenheit deutsche Übersetzungen von Botschaften der 'al-Qaida'-Führung eingestellt. Seit 2007 ist zu beobachten, dass zunehmend mehr Audio- und Videobotschaften in deutscher Sprache verbreitet werden. Deutschsprachige Personen finden so vermehrt in islamistische und jihadistische Kreise hinein. Diese wiederum sind bestrebt, die Botschaften einem deutschsprachigen Publikum zugänglich zu machen.

Einige ausländische und/oder islamistische extremistische Gruppierungen waren durch besondere Ereignisse im In- oder Ausland in den Schlagzeilen der Medien und traten in Nordrhein-Westfalen stärker als sonst vor allem propagandistisch in Erscheinung.

#### **Hizb Allah/Libanon**

Im November 2007 endete die Amtszeit des libanesischen Präsidenten Emile Lahoud. Erst ein halbes Jahr später, am 25. Mai 2008 wurde Armeechef Michel Sulaiman zu seinem Nachfolger gewählt. Zuvor hatte die von der 'Hizb Allah' angeführte Opposition eine Wahl verhindert, indem sie unter anderem auf die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit und ein neues Wahlgesetz bestanden hatte. Anfang Mai 2008 kam es zu einer gewaltsamen Eskalation der Lage, als die Regierung das der 'Hizb Allah'-eigene Telefonnetz abschalten wollte. Kämpfer der 'Hizb Allah' und der mit ihr verbündeten 'Amal' besetzten daraufhin Teile von Westbeirut und lieferten sich

schwere Straßenkämpfe mit libanesischen Sicherheitskräften. Erst Verhandlungen der Parteien unter Vermittlung der Arabischen Liga führten zur Beilegung des offenen Machtkampfes zwischen der schiitischen Opposition und der von Sunniten dominierten Regierung. Ein weiteres Ergebnis der Verhandlungen ist, dass die Opposition jetzt mit 11 von 30 Ministern in der libanesischen Regierung über die geforderte Sperrminorität verfügt.

Die hier lebenden Anhänger der 'Hizb Allah' unterstützen die kompromisslose Politik ihrer Organisation im Libanon und informieren sich regelmäßig über den 'Hizb Allah'-TV-Sender 'Al-Manar'. Vereinzelt kommt es zu Streitigkeiten mit sunnitischen Libanesen. Nahezu alle Libanesen unterstützen jedoch den neuen Präsidenten Michel Su-laïman, der allgemein ein hohes Ansehen genießt.

Im Juli 2008 fand unter Vermittlung deutscher Sicherheitsbehörden zwischen Israel und der 'Hizb Allah' ein Austausch von Gefangenen und sterblichen Überresten von rund 200 Menschen statt. Israel ließ bei der Aktion vier 'Hizb Allah'-Kämpfer sowie den palästinensischen Terroristen Samir Kuntar frei, der wegen mehrfachen Mordes in Israel verurteilt und inhaftiert war. Die 'Hizb Allah' gab im Gegenzug die Leichen der israelischen Soldaten Eldad Regev und Ehud Goldwasser zurück, deren Entführung an der israelisch-libanesischen Grenze im Juni 2006 Auslöser für den Zweiten Libanonkrieg im Sommer 2006 gewesen war.

In seiner Rede anlässlich der Willkommensfeier in Beirut für die mit Israel ausgetauschten Gefangenen kündigte 'Hizb Allah'-Generalsekretär Hasan Nasrallah an, auch die noch von Israel besetzten libanesischen Gebiete zu befreien. Es ist daher zu vermuten, dass die 'Hizb Allah' weitere Konfrontationen mit Israel provozieren wird, und ihre Anhänger in Nordrhein-Westfalen sie dabei unterstützen, ohne hier selbst Gewalt anzuwenden.

## **HAMAS/Palästina**

Den Gazastreifen regiert seit Juni 2007 die radikalislamische HAMAS unter dem von Palästinenser-Präsident Mahmoud Abbas abgesetzten palästinensischen Ministerpräsidenten Ismail Haniya. Dort spitzte sich im Herbst 2007 die Lage zu. Der Beschuss der grenznahen israelischen Stadt Sderot mit Kassam-Raketen führte zu einer wirtschaftlichen Blockade durch Israel. Die von israelischer Seite vorgenommene Sperrung von Treibstofflieferungen in den Gazastreifen im Januar 2008 führte zu Stromausfällen und Versorgungsengpässen.

Am 23. Januar 2008 sprengten HAMAS-Anhänger einen Teil der Grenzanlagen an der von Ägypten abgesperrten Grenze zum Gazastreifen. Viele Tausend Palästinenser überquerten daraufhin illegal die Grenze und versorgten sich im Nachbarland mit Gütern. Die offensichtlich gut vorbereitete Aktion überraschte sowohl die ägyptischen Behörden als auch die im Westjordanland regierende 'Fatah' unter Ministerpräsident Salam Fayyad. Die HAMAS bewies damit eindrucksvoll ihre Machtposition innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und dürfte auch in Zukunft ihre kompromisslose Haltung gegenüber Israel fortsetzen.

Die hier lebenden Palästinenser verfolgen die Entwicklung in Palästina aufmerksam und mit Sorge. Bei aller Unterschiedlichkeit der Meinungen zwischen 'Fatah'- und HAMAS-Anhängern, zwischen säkular oder islamistisch ausgerichteten Palästinensern, einigt sie doch die Forderung nach einem souveränen Staat Palästina mit Ostjerusalem als Hauptstadt und einem umfassenden Rückkehrrecht in die heute zum israelischen Staatsgebiet gehörenden ehemaligen Siedlungsgebiete.

## **Ansar al-Islam/Ansar as-Sunna**

Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte am 15. Juli 2008 drei Iraker zu Haftstrafen zwischen siebeneinhalb und zehn Jahren wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen kriminellen Vereinigung. Einer der Angeklagten war in Deutschland als führendes Mitglied für die irakische terroristische Vereinigung 'Ansar al-Islam' bzw. 'Jaish Ansar as-Sunna' tätig und hatte eine zentrale Funktion bei der Unterstützung der Terrororganisation. Ein Mitangeklagter fungierte als seine rechte Hand. Die dritte Angeklagte war ebenfalls Mitglied der 'Ansar al-Islam' und bot sich an, am 3. Dezember 2004 in Berlin ein Attentat auf den damaligen irakischen Ministerpräsidenten Dr. Allawi zu begehen. Tags zuvor holte er telefonisch bei den beiden Mitangeklagten die Genehmigung der Organisation ein. Bevor es zu einer konkreten Gefahr für den damaligen irakischen Ministerpräsidenten kommen konnte, wurde nach Warnhinweisen der Ermittlungsbehörden dessen Teilnahme am Deutsch-Irakischen Wirtschaftsdialog abgesagt und die drei Angeklagten in den frühen Morgenstunden des 3. Dezember 2004 festgenommen.

## **Tablighi Jama'at**

Im ersten Halbjahr 2008 wurden von der 'Tablighi Jama'at' (TJ) zwei Treffen von überregionaler Bedeutung abgehalten. Dabei ist für Deutschland eine neue Gliederung der Zuständigkeitskreise eingeführt worden. Zu jedem Kreis gehört eine geographisch zugeordnete Anzahl von Nachbarstädten, die sich in regelmäßigen Kreistreffen zusammenfinden sollen. Dadurch erhofft sich die TJ eine strukturierte und effiziente Vorgehensweise im Hinblick auf die Missionierungsbemühungen in Deutschland. Zur ideologischen Ausrichtung der TJ sei auf den in diesem Bericht erscheinenden gesonderten Aufsatz verwiesen.

## **1.5 Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität – Berichte des Landeskriminalamtes und des Justizministeriums**

### **Vorbemerkung**

Im folgenden Abschnitt stellt der Bericht des Landeskriminalamtes (LKA) die Entwicklungen im Bereich der politisch motivierten Kriminalität dar. Die Daten basieren auf Meldungen, die die Polizei bis zum 31. Juli 2008 erreicht haben. Der Blickwinkel der Polizei ist bei dem Bericht auf die Straftat und den Täter – und hierbei auf die individuelle Motivlage – gerichtet. Die Zuordnung zu den Phänomenbereichen erfolgt nicht zwingend auf der Grundlage entsprechender Zugehörigkeit zu einschlägigen Gruppierungen; sie wird vielmehr aus der Straftat selbst, den Tatumständen bzw. aus der ermittelten Motivation des Täters abgeleitet. Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass viele Delikte nicht aus einer organisierten extremistischen Gruppe heraus begangen werden.

Während für den Verfassungsschutz die links-, rechts- oder ausländerextremistisch agierende Gruppierung im Mittelpunkt der Befassung steht, ist für die Feststellung einer politisch motivierten Straftat weder die extremistische Intention noch die Zugehörigkeit zu einer solchen Gruppe notwendige Voraussetzung. Das hier gezeichnete Bild ist deshalb auch umfassender; es umfasst alle bekannt gewordenen Straftaten mit – zumindest vermutlicher – politischer Motivation und nicht nur die Straftaten, die von (organisierten) Extremisten begangen worden sind. Deshalb werden zum einen auch Delikte gezählt, die einem der Phänomenbereiche nicht zugeordnet werden können und deshalb wird zum anderen auch in der Terminologie der Polizei zum Beispiel von den „Rechten“ und den „Linken“, nicht von „Rechtsextremisten“ gesprochen.

### **1.5.1 Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) – Bericht des LKA**

Die "Politisch motivierte Kriminalität" (PMK) ist im 1. Halbjahr 2008 in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum angestiegen. Demgegenüber sind die Gewaltdelikte zurückgegangen, liegen aber immer noch über dem Niveau des 1. Halbjahres 2004 (Basisjahr für 5-Jahresvergleich). Die Entwicklung der PMK wurde durch zahlreiche Ereignisse nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in anderen Bundesländern und im Ausland beeinflusst.

Die Gefahr durch den islamistischen Terrorismus ist nach wie vor konkret und gegenwärtig. Es werden immer wieder Aktivitäten von verbotenen islamistischen Organisationen zu Rekrutierungs- und Radikalisierungszwecken festgestellt, was beispielsweise die Ergebnisse der Durchsuchungsmaßnahmen am 16. Juni 2008 bei mutmaßlichen Mitgliedern der islamistischen 'Hizb ut-Tahrir' (HuT) in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen bestätigt haben. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, sich auch nach dem Betätigungsverbot der HuT im Jahr 2003 für die Ziele der 'Islamischen Befreiungspartei' durch Rekrutierungsbemühungen und Propagandatätigkeiten eingesetzt zu haben. Darüber hinaus wirken sich mehrsprachige jihadistische Internetauftritte der 'al-Qaida' auf die Sicherheitslage aus. Zielgruppen der Rekrutierungs-, Radikalisierungs- und Propagandakampagnen können so in ihrer jeweiligen Muttersprache wirkungsvoller angesprochen und beeinflusst werden.

Am 4. April 2008 wurde in Stolberg ein 19-Jähriger von einem 18-jährigen Schüler mit Migrationshintergrund niedergestochen. Die Tat war nicht politisch motiviert. Die "Rechten" versuchten jedoch, das Tötungsdelikt für ihre Ziele zu instrumentalisieren, indem sie eine "Ermordung wegen politischer Einstellung", "Ausländergewalt" und

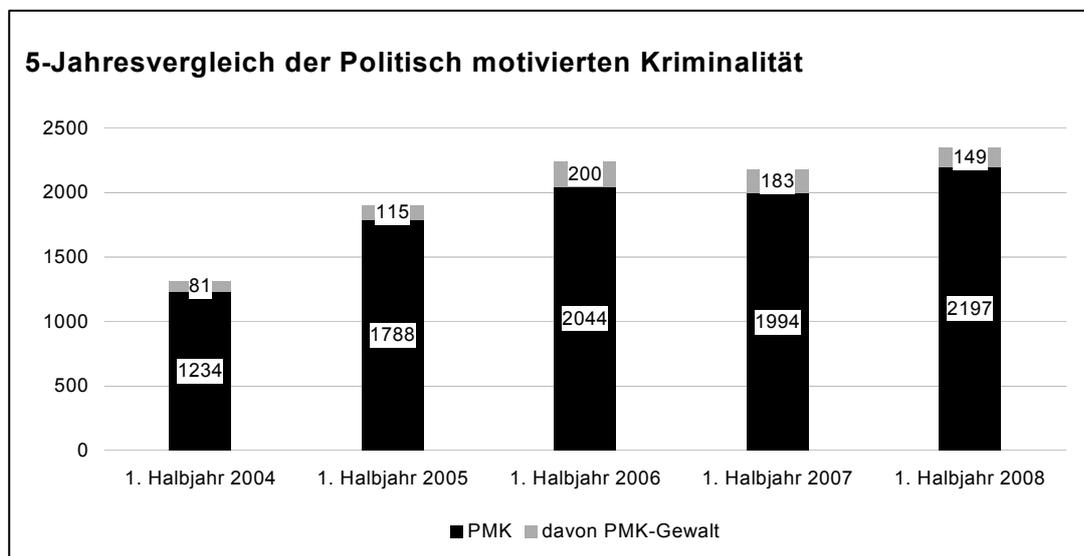
"Überfremdung" propagierten. Sie führten in Stolberg mehrere Aufmärsche und Kundgebungen durch, die wiederum Anlass für Ausschreitungen gewaltbereiter Gegendemonstranten waren.

Die aktuelle Ausländer- und Asylpolitik der Bundesregierung war Ziel der Kritik gewaltbereiter "linker" Aktivisten. Diese versuchten am frühen Morgen des 1. Juli 2008 durch einen Brandanschlag auf zwei Gefangenentransporter des Ausländeramtes Essen auf die ihrer Meinung nach vorherrschenden Unmenschlichkeiten in der Abschiebep Praxis von Asylbewerbern aufmerksam zu machen. In einem Selbstbeichtigungsschreiben wurde der "Tag ohne Abschiebung" (30. August 2008) thematisiert, zur Nachahmung der Tat und zur Solidarität aufgerufen.

Das Bundesministerium des Innern (BMI) stufte im Berichtszeitraum mehrere Organisationen als extremistisch ein und erließ Verbotsv Verfügungen. Zum einen wurde mit Verfügung vom 18. April 2008 das rechtsextremistische 'Internationale Studienwerk – Collegium Humanum e. V.' (CH) in Vlotho und seine Teilorganisationen 'Bauernhilfe e. V.' sowie der 'Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten' verboten. Grund waren der Zweck und die Tätigkeit des Studienwerkes, die den Strafgesetzen zuwiderliefen und sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten. Zum anderen erließ das BMI am 13. Juni 2008 eine Verbotsv Verfügung gegen den TV-Sender 'ROJ-TV' und die Fernsehproduktionsfirma 'VIKO GmbH'. Den Betreibern der 'VIKO GmbH' wurde vorgeworfen, über den in Kopenhagen ansässigen TV-Sender 'ROJ-TV' in die Gesamtstruktur der PKK (der in Deutschland die politische Betätigung verboten ist) eingebunden zu sein. Das Verbot des TV-Senders führte auch in Nordrhein-Westfalen zu pro-kurdischen demonstrativen Aktionen, bei denen das Verbot als eine "gegen das kurdische Volk und gegen die PKK gerichtete feindliche Politik" verurteilt wurde.

### Mehr Straftaten als im 1. Halbjahr 2007

In Nordrhein-Westfalen wurden für das 1. Halbjahr 2008 insgesamt 2.197 (1. Halbjahr 2007: 1.994) politisch motivierte Straftaten bekannt. Der Anstieg der Fallzahlen um 10,2 Prozent setzt somit den Trend der letzten Jahre fort. Im 5-Jahresvergleich wird dieser Trend nur durch den leichten Rückgang der Fallzahlen im 1. Halbjahr 2007 (Rückgang von 2.044 auf 1.994 Straftaten) unterbrochen. Propagandadelikte machen mit 1.276 Fällen mehr als die Hälfte der PMK aus.



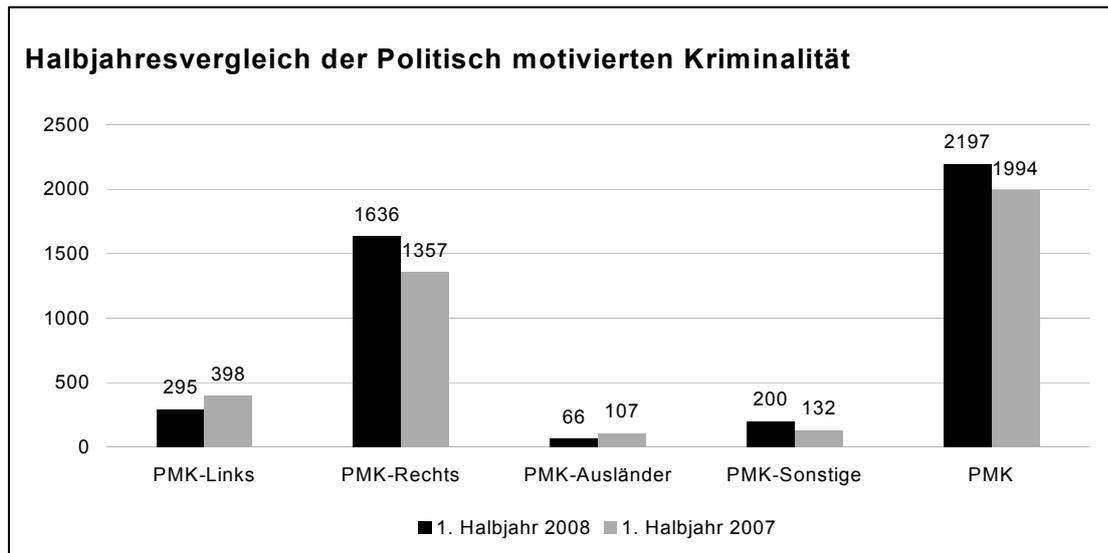
Grafik 1: "PMK" im 5-Jahresvergleich, jeweils bezogen auf das 1. Halbjahr

Nach Phänomenbereichen unterschieden sind

- : 1.636 (1. Halbjahr 2007: 1.357) Straftaten der "Politisch motivierten Kriminalität - Rechts" (PMK-Rechts),
- : 295 (1. Halbjahr 2007: 398) Straftaten der "Politisch motivierten Kriminalität - Links" (PMK-Links) und
- : 66 (1. Halbjahr 2007: 107) Straftaten der "Politisch motivierten Ausländerkriminalität" (PMK-Ausländer)

zuzurechnen. Bei 200 (1. Halbjahr 2007: 132) Straftaten konnte keine eindeutige Zuordnung zu einem Phänomenbereich getroffen werden, so dass sie als "Politisch motivierte Kriminalität - Sonstige/Nicht zuzuordnen" (PMK-Sonstige) erfasst wurden.

Die Betrachtung nach Phänomenbereichen zeigt deutlich unterschiedliche Entwicklungen (vgl. Tabelle): Einerseits ein Anstieg bei der "PMK-Rechts" um 279 Straftaten und der "PMK-Sonstige" um 68 Straftaten; andererseits Rückgang bei der "PMK-Links" um 103 Straftaten und bei der "PMK-Ausländer" um 41 Straftaten.



Grafik 2: "PMK" im Jahr 2008 nach Phänomenbereichen, jeweils bezogen auf das 1. Halbjahr

Von den 2.197 Delikten sind 1.783 als extremistische Straftaten im Sinne des §3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen einzustufen, weil sie sich z. B. gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richteten. Von den 1.783 extremistischen Straftaten entfallen

- : 1.568 (1. Halbjahr 2007: 1.329) auf die "PMK-Rechts",
- : 150 (1. Halbjahr 2007: 275) auf die "PMK-Links",
- : 54 (1. Halbjahr 2007: 99) auf die "PMK-Ausländer" und
- : 11 (1. Halbjahr 2007: 0) auf die "PMK-Sonstige".

Insgesamt ist bei den als extremistisch einzustufenden Straftaten ein Anstieg um 4,7 Prozent (80 Delikte) zu verzeichnen.

### Deutlicher Rückgang der "Politisch motivierten Gewaltdelikte"

In Nordrhein-Westfalen wurden für das 1. Halbjahr 2008 insgesamt 149 (1. Halbjahr 2007: 183) "Politisch motivierte Gewaltdelikte" (PMK-Gewalt) bekannt. Dies bedeutet einen Rückgang um 18,6 Prozent (34 Delikte), der sich insbesondere bei den Brand- und Sprengstoffdelikten (Rückgang von 11 auf 2 Straftaten), den Landfriedensbruchdelikten (Rückgang von 30 auf 18 Straftaten) und den Körperverletzungsdelikten (Rückgang von 123 auf 115 Straftaten) bemerkbar macht.

Die Betrachtung der "PMK-Gewalt" nach Phänomenbereichen (vgl. Tabelle) zeigt einerseits einen Anstieg bei der "PMK-Rechts" um 16 Gewaltdelikte, andererseits einen Rückgang bei der "PMK-Links" um 43 Gewaltdelikte und der "PMK-Ausländer" um 8 Gewaltdelikte. Unverändert blieb die Anzahl der Gewaltdelikte im Bereich der "PMK-Sonstige".

Deliktgruppen	Links		Rechts		Ausländer		Sonstige	
	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007
Tötungsdelikte	0	0	0	0	0	1	0	0
Brand-/ Sprengstoffdelikte	1	5	0	1	1	5	0	0
Landfriedensbruchdelikte	12	24	5	5	1	1	0	0
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft und Straßenverkehr	0	0	0	0	0	1	0	0
Körperverletzungsdelikte	21	43	82	65	8	9	4	6
Widerstandshandlungen	8	10	1	3	0	1	0	0
Raub / Erpressung / Freiheitsberaubung	0	2	3	1	0	0	2	0
Sexualdelikte	0	0	0	0	0	0	0	0
Zwischensumme Gewaltdelikte	42	84	91	75	10	18	6	6
Bedrohungen / Nötigungen	4	10	8	13	8	9	1	1
Sachbeschädigungen	150	112	104	29	10	5	26	16
Propagandadelikte	14	8	1132	984	7	4	123	90
Volksverhetzungen	0	1	192	197	6	8	10	3
Störung des öffentlichen Friedens	1	0	0	0	2	0	3	3
Beleidigungen	15	20	60	31	5	4	11	8
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	0	0	0	1	14	45	0	0
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	54	145	37	18	0	6	3	1
sonstige Straftaten	15	18	12	9	4	8	17	4
Summe Gesamt	295	398	1636	1357	66	107	200	132

Tabelle: "PMK" nach Deliktgruppen und Phänomenbereichen im Jahresvergleich, jeweils bezogen auf das 1. Halbjahr

### **1.5.2 Politisch motivierte Kriminalität - Links**

Hauptsächliche Themenfelder der "PMK-Links" waren im Berichtszeitraum "Antifaschismus" (Rückgang von 218 auf 139 Straftaten), "Konfrontation mit dem politischen Gegner" (Anstieg von 108 auf 115 Straftaten) und "Innen- und Sicherheitspolitik" (Rückgang von 108 auf 57 Straftaten).

Auffällig ist, dass entgegen der allgemeinen Entwicklung im Phänomenbereich "Links" die Anzahl der Sachbeschädigungen zugenommen hat (Anstieg von 112 auf 150 Straftaten). So wurden vermehrt Farbschmierereien festgestellt, die sich gegen die geplanten Änderungen der Sicherheitsgesetze richteten. Neben Parolen wie "Kein Überwachungsstaat, STASI", wurden auch einige Schmierereien mit beleidigendem Inhalt zum Nachteil von Bundesinnenminister Dr. Schäuble festgestellt.

Insgesamt wurden 33,6 Prozent (99 von 295 Delikten) aller Straftaten der "PMK-Links" im Rahmen von Demonstrationen und Veranstaltungen begangen. Es handelte sich dabei vorwiegend um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und um Gewaltdelikte. Die Entwicklung der "PMK-Links" stand somit, wie auch schon in der Vergangenheit, in einem Zusammenhang zum Demonstrationsgeschehen. Allerdings wurden im Vorjahreszeitraum noch insgesamt 59,8 Prozent (238 von 398 Delikten) aller Straftaten der "Linken" bei Demonstrationen und Veranstaltungen begangen.

#### **Gewaltdelikte durch "Linke" sind um 50 Prozent zurückgegangen**

Die Gewaltdelikte durch "Linke" sind um 50,0 Prozent (von 84 auf 42 Straftaten) zurückgegangen. Phänomenologisch handelte es sich überwiegend um Landfriedensbrüche, Körperverletzungen und Widerstandshandlungen (vgl. Tabelle). Es wurden insgesamt 51 Tatverdächtige ermittelt. 44 waren zur Tatzeit zwischen 14 bis 24 Jahre alt. 28 waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

61,9 Prozent der Gewaltdelikte (26 von 42 Straftaten) wurden im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen verübt. Die hauptsächliche Tatmotivation zur Verübung von Gewaltdelikten besteht unverändert in der Auseinandersetzung mit den "Rechten" (Rückgang von 42 auf 26 Straftaten), die aus weltanschaulichen Gründen zum traditionellen Feindbild der "Linken" gehören. In diesem Zusammenhang wurden auch Polizeibeamte wiederholt Opfer von Gewalttaten (Rückgang von 41 auf 17 Straftaten), wenn sie das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit der "Rechten" schützten. Der Auftrag der Polizei wurde von den "Linken" bewusst ideologisch als "Schutz der Rechten" umgedeutet und zielgerichtete Angriffe auf Polizisten als legitimes Mittel im "Kampf gegen Rechts" gerechtfertigt.

### **1.5.3 Politisch motivierte Kriminalität - Rechts**

Vorherrschende Themenfelder waren "Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus" (Anstieg von 1.075 auf 1.235 Straftaten) und "Hasskriminalität" (Anstieg von 321 auf 416 Straftaten). Beachtlich ist die Entwicklung der Straftaten, die dem Themenfeld "Konfrontation mit dem politischen Gegner" (Anstieg von 71 auf 175 Straftaten) zugeordnet wurden. Propagandadelikte und Volksverhetzungen machen mit 80,9 Prozent (1.324 von 1.636 Straftaten) den überwiegenden Anteil der Straftaten aus.

Die bereits im 2. Halbjahr 2007 festgestellte Entwicklung, dass in der "rechten" Szene zunehmend Sachbeschädigungen mit allgemeinen, nicht als Propagandadelikte inkriminierten "rechten" Parolen und Symbolen begangen werden, setzte sich weiter fort (Anstieg von 29 auf 104 Straftaten). Die benutzten Parolen lassen vielfach Zusammenhänge mit den 'Autonomen Nationalisten' (AN) erkennen, Diese sind verstärkt erlebnis- und aktionsorientiert und verwenden häufig Parolen, die nicht als Propagandadelikte inkriminiert sind – etwa "frei, sozial und national".

## **Anstieg der Gewaltdelikte im Phänomenbereich "PMK-Rechts"**

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch "Rechte" ist um 21,3 Prozent (von 75 auf 91 Straftaten) angestiegen. Schwerpunktmäßig handelte es sich um Körperverletzungen (vgl. Tabelle). Überwiegend waren die Gewaltdelikte den Themenfeldern "Hasskriminalität" (Anstieg von 38 auf 41 Straftaten) und "Konfrontation mit dem politischen Gegner" (Anstieg von 27 auf 41 Straftaten) zuzurechnen. Die Auseinandersetzung mit den "Linken" hatte als Tatmotivation wieder eine zunehmende Bedeutung und wirkte sich auf die Anzahl der Gewaltdelikte durch "Rechte" aus. Es wurden insgesamt 149 Tatverdächtige ermittelt. 98 waren zur Tatzeit zwischen 14 bis 24 Jahre alt. 112 waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

## **Hasskriminalität durch "Rechte" ist angestiegen**

Die "Hasskriminalität" im Bereich der "PMK-Rechts" ist um 29,6 Prozent (Anstieg von 321 auf 416 Straftaten) angestiegen. Maßgeblich dafür war die Entwicklung im Unterthema "fremdenfeindliche Straftaten" (Anstieg von 239 auf 333 Delikte). Propagandadelikte, Volksverhetzungen, Beleidigungen und Sachbeschädigungen (367 von 416 Straftaten) sind die vorherrschenden Deliktsgruppen im Themenfeld "Hasskriminalität". Die Anzahl der Gewaltdelikte ist nahezu unverändert (Anstieg von 38 auf 41 Straftaten). 40 Gewaltdelikten (1. Halbjahr 2007: 38 Straftaten) lag eine fremdenfeindliche Motivation zu Grunde.

## **Anzahl der antisemitischen Straftaten ist annähernd gleich geblieben**

Die Anzahl der antisemitischen Straftaten ist mit 105 Straftaten (1. Halbjahr 2007: 103) annähernd gleich geblieben. Auch die Verteilung auf die Phänomenbereiche ist im Vergleich zu den letzten Jahren nahezu unverändert:

- : 99 Delikte sind der "PMK-Rechts" zuzuordnen,
- : 5 Delikte entfallen auf die "PMK-Ausländer" und
- : 1 Delikt ist der "PMK-Links" zuzurechnen.

Es ist kein antisemitisches Gewaltdelikt (1. Halbjahr 2007: 4 Straftaten) bekannt geworden.

### **1.5.4 Politisch motivierte Ausländerkriminalität**

Die Anzahl der Straftaten im Bereich der "PMK-Ausländer" ist deutlich zurückgegangen (Rückgang von 107 auf 66 Straftaten). Hauptsächlich Themenfelder waren "Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität" (Rückgang von 69 auf 35 Straftaten) und "Innen- und Sicherheitspolitik" (Rückgang von 67 auf 26 Straftaten).

Die Entwicklung der "PMK-Ausländer" ist weitestgehend mit dem Verzicht auf strafrechtlich relevante Aktivitäten von Mitgliedern der verbotenen 'Arbeiterpartei Kurdistans' (PKK, jetzt KONGRA-GEL) zu erklären. Nach der Verbotungsverfügung des Bundesinnenministers gegen den in Kopenhagen ansässigen kurdischen TV-Sender 'ROJ-TV' sowie die in Wuppertal ansässige Fernsehproduktionsfirma 'VIKO GmbH' wurden vermehrt pro-kurdische demonstrative Aktionen durchgeführt, gewalttätige Ausschreitungen im Zusammenhang mit der Verbotungsverfügung blieben jedoch aus.

Insgesamt wurden 42,4 Prozent (28 von 66 Delikten) aller Straftaten der "PMK-Ausländer" von Angehörigen oder Unterstützern der PKK begangen. Es zeigt sich nach wie vor, dass die Begehung von Straftaten im Bereich der "PMK-Ausländer" von den Konflikten in den Herkunftsländern beeinflusst wird.

## **Rückgang der Gewaltdelikte im Phänomenbereich "PMK-Ausländer"**

Die Anzahl der Gewaltdelikte im Bereich der "PMK-Ausländer" ist um 44,4 Prozent (von 18 auf 10 Straftaten) zurückgegangen. Die Gewaltdelikte waren vorwiegend dem Themenfeld "Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität" zuzuordnen. Hauptsächlich handelte es sich um Körperverletzungen (vgl. Tabelle). Es wurden insgesamt

7 Tatverdächtige ermittelt. 6 waren zur Tatzeit zwischen 14 bis 24 Jahre alt. 5 waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten.

### **1.5.5 Weiterhin hohe Gefährdung durch den Islamismus**

Der hohe Grad der Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus in Nordrhein-Westfalen hält unverändert an. Er lässt sich auch im 1. Halbjahr 2008 nicht alleine an den sechs bekannt gewordenen Straftaten im Bereich "Islamismus/ Fundamentalismus" messen, sondern muss auch weiterhin an dem möglichen Schadenspotential einzelner Tatplanungen und Delikte festgemacht werden. In Deutschland – und somit auch in Nordrhein-Westfalen – muss weiter mit Anschlägen verdeckt operierender Terrorzellen gerechnet werden. Dabei ist von einer zunehmenden Verselbstständigung bestehender Gruppierungen und Strukturen sowie der Entstehung neuer, teilweise völlig autonom agierender Gruppen auszugehen. Auch die Bedrohung durch fanatisierte Einzeltäter hält unvermindert an.

Aufgrund vorliegender Informationen kommen die Bundessicherheitsbehörden zu dem Schluss, dass die 'al-Qaida'-Führung entschlossen ist, in Europa – mithin auch in Deutschland – Anschläge begehen zu lassen. Die nach wie vor professionelle Selbstdarstellung der 'al-Qaida' in den Medien, insbesondere im Internet, scheint darauf hinzudeuten, dass sich die al-Qaida'-Führung in ihrem Rückzugsraum, dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, zunehmend sicher fühlt und das mit der Herstellung und Verbreitung ihrer Botschaften verbundene Entdeckungsrisiko nicht scheut.

Besonders im Fokus der Sicherheitsbehörden stehen weiterhin Personen mit tatsächlichen oder vermuteten Aufenthalten in Pakistan und Afghanistan, zu denen zunehmend auch deutsche Konvertiten zählen. Bei diesen Personen müssen Aufenthalte in so genannten Terrorlagern, d. h. in Trainingscamps terroristischer Gruppierungen vermutet werden. Kehren die dort im Umgang mit Waffen und Sprengstoff Geschulten nach Deutschland zurück, geht von ihnen ein erhöhtes Sicherheitsrisiko aus.

### **1.5.6 Bericht des Justizministeriums**

#### **Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten**

Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind im ersten Halbjahr 2008 insgesamt 2357 einschlägige Verfahren neu anhängig geworden. In dieser Zeit ist in 364 Verfahren gegen 481 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 184 Personen; 16 Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 152 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

#### **Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten**

Wegen Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, haben die Staatsanwaltschaften im Berichtszeitraum insgesamt 219 Verfahren neu eingeleitet. In der Zeit vom 1. Januar 2008 bis zum 30. Juni 2008 ist in 90 Verfahren gegen 109 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 19 Angeklagte; 7 angeklagte Personen wurden freigesprochen. Gegen 38 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

# 2 Parteinahе Jugendzeitschriften einer neuen sozialen Bewegung von rechts

## Eine Analyse zu Funktion und Inhalten von sechs Periodika<sup>1</sup>

### 2.1 Einleitung und Fragestellung

"Brennessel", "Jugend Rebelliert", "perplex", "Schinderhannes", "stachel" – unter Titeln wie diesen gibt die NPD neuerdings Periodika heraus, die sich an ein junges Publikum richten. Dies gilt auch für die rechtsgerichtete und vom Verfassungsschutz NRW beobachtete Organisation "pro Köln", die sich als Bürgerbewegung versteht, bei Kommunalwahlen antritt und inzwischen vier Ausgaben der Zeitschrift "Objektiv" veröffentlicht hat. Solche Periodika werden im Folgenden als parteinahe Jugendzeitschriften einer neuen sozialen Bewegung von rechts bezeichnet – sie erscheinen meist im Vierfarbdruck, in mehr oder minder professionellen Designs und hohen Auflagen. Jugendauffine Stilelemente wie Cartoons, Rätsel und Quizfragen fallen auf Anhieb ins Auge. Die Zeitschriften werden kostenlos verbreitet – mitunter in öffentlichkeitswirksamen Aktionen zum Beispiel am Rande von Schulgeländen. Sie vereinen Aktion, Diskurs und Partei und stehen somit auch für Überlagerungen und Wechselbeziehungen der Trias aus parlaments-, diskurs- und aktionsorientiertem Rechtsextremismus.

"Parteinah" heißt hier, dass eine Verbindung zu rechtsgerichteten Formationen besteht, die bei Wahlen auf kommunaler Ebene, Landes- und/oder Bundesebene antreten. Verantwortlich kann der Parteiverband auf der jeweiligen Ebene sein, eine innerparteiliche Organisation wie die 'Jungen Nationaldemokraten' (JN) oder der 'Arbeitskreis Jugend' der Organisation 'pro Köln'. Parteinahе Jugendzeitschriften sind weder Wahlkampfmaterialien im engeren Sinne noch herkömmliche Parteiorgane. Ihr Erscheinen ist periodisch angelegt, unabhängig von Wahlterminen – ihr Publikum suchen sie unter Menschen, die teilweise noch nicht wahlberechtigt sind und im Wesentlichen außerhalb der Kreise rechtsextremistischer Parteien. Bereits die Auflagen, die in der Regel im fünfstelligen Bereich liegen, machen Letzteres deutlich. Mit welchen Mitteln sprechen parteinahe Jugendzeitschriften ihr Publikum an? Setzen sie neue inhaltliche Akzente, bilden sie zeitgenössische Kampagnenthemen der Szene ab, und welche Diskursstrategien sind erkennbar? Fragen wie diese nimmt der folgende Beitrag am Beispiel von sechs parteinahen Jugendzeitschriften aus sechs Bundesländern in den Blick.

### 2.2 Medien einer Bewegung von rechts: informationelles Kapillarsystem und Elemente der Erlebniswelt

Die Produktion eigener Medien hat für den deutschen Rechtsextremismus seit den 1990er Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Dies gilt desto mehr, je stärker dieses politische Lager von losen Strukturen geprägt ist: Flexible Aktionsbündnisse, informelle Projekte und regionale Kameradschaften haben starren Organisationen den Rang abgelaufen. Vernetzung genießt Priorität vor formalen Hierarchien. Gleichzeitig verlagerte sich der Aktionsschwerpunkt des deutschen Rechtsextremismus: Er hat sich fortbewegt von den klassischen Sphären politischen Handelns, den Wahlkämpfen und Parlamenten; vielmehr bemüht sich die Szene zunehmend, den vopolitischen Raum, den Alltag, zu politisieren – eine "rechtsextremistische Erlebniswelt" zu entfalten.

Die Fähigkeit, eigene inhaltliche Elemente – Themen, Deutungsmuster, Begriffe und entsprechende Verständnisse – in das Umfeld zu transferieren, ist für die Wirksamkeit von Bewegungen entscheidend. Schließlich dürften vergleichsweise gemäßigt auftretende Akteure eher in der Lage sein, als "soziale Relais" zu fungieren oder Kontakt und Kooperation zu potenziellen Relaisinstanzen herzustellen.

---

<sup>1</sup> Dies ist ein stark gekürzter Auszug aus dem gleichnamigen Aufsatz aus dem „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung“, hrsg. von Armin Pfahl-Traughber, 1. Jg. (i.E.).

Die wichtigste Klientel, bei der Rechtsextremisten (Breiten-)Wirkung entfalten möchten, ist zurzeit klar erkennbar: Jugendliche sind zur zentralen Zielgruppe geworden – in diesem Zuge ist eine "Erlebniswelt Rechtsextremismus" entstanden, die von einem modernisierten Erscheinungsbild geprägt ist und in der Lebensgefühl, Freizeitaktivitäten und politische Botschaften verschmelzen. Der Begriff meint alle Formen jugendgerechter Angebote der Szene, insbesondere solche, die mit Aktion verbunden sind und Unterhaltungsmöglichkeiten unter rechtsextremistischen Vorzeichen liefern. Dies gilt *zum Beispiel* für kostenlose Musik-CDs, die als "Projekt Schulhof" oder "Schulhof-CDs" seit 2004 bekannt geworden sind. Auch auf rechtsextremistischen Websites sind Modernisierung und Professionalisierung der Agitation festzustellen mit dem Ziel, Jugendliche zu gewinnen.

### **2.3 Rahmendaten zu den Jugendzeitschriften**

Untersucht wird jeweils die erste Ausgabe von sechs parteinahen Jugendzeitschriften: "Brennessel", "Jugend Rebelliert", "Objektiv", "perplex", "Schinderhannes" und "stachel". Das Sample erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und umfasst Beispiele aus den Jahren 2006 und 2007. Zwei der Zeitschriften erschienen in den alten und drei in den neuen Bundesländern, "stachel" kam in Berlin und Brandenburg heraus.

Die erste Ausgabe der Zeitung "Jugend Rebelliert" ist im Juli 2006 erschienen, aus dem August desselben Jahres stammt die erste Ausgabe von "Objektiv". Beide zählen somit zu den Prototypen der parteinahen Jugendzeitschrift. "Schinderhannes" ist im Mai 2007, die erste Ausgabe von "perplex" im September 2007, "stachel" und "Brennessel" sind im Oktober 2007 erschienen. Die Herausgeber sind in fünf Fällen Landes- oder Kreisverbände der NPD bzw. der 'Jungen Nationaldemokraten'. In einigen Periodika ist nicht die Partei als Herausgeberin genannt, stattdessen fungiert der jeweilige Landesvorsitzende oder ein Vorstandsmitglied als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts. Die verantwortlichen Verbände zeigen auch das Verbreitungsgebiet der Zeitschriften an: NPD Berlin und NPD Brandenburg ("stachel"), NPD Kreisverband Oderland ("Brennessel"), NPD Rheinland-Pfalz ("Schinderhannes"), JN Sachsen ("perplex"), AG "Medien" der JN Sachsen-Anhalt ("Jugend Rebelliert"). Herausgeber der Zeitschrift "Objektiv" ist der 'Arbeitskreis Jugend' der Organisation 'pro Köln'. Im Gegensatz zu den NPD/JN-Publikationen ist die organisatorische Anbindung der Zeitschrift für den Rezipienten nicht eindeutig erkennbar: Das Impressum verweist nicht auf 'pro Köln' – als Herausgeber wird ein Funktionsträger der Organisation genannt, der auch für die Internetseite "Jugend pro Köln" verantwortlich zeichnet.

Die Zeitschriften umfassen zwischen acht Seiten ("Jugend Rebelliert", "Schinderhannes") und 24 Seiten ("Objektiv") – "Brennessel" und "stachel" umfassen zwölf, "perplex" 16 Seiten. Soweit bekannt, liegen die Startauflagen der Zeitschriften nach eigenen Angaben zwischen 3.000 ("Objektiv") und 30.000 ("perplex") Exemplaren. Die erklärte Zielgruppe sind Jugendliche, wie Eigenbezeichnungen der Periodika als "Schüler-" oder "Jugendzeitschriften" im Titel oder in anderweitigen Erklärungen deutlich machen. Der ausdrückliche Bezug auf Schüler, Themenwahl, Gestaltung und die Tatsache, dass die Leserschaft in allen Periodika geduzt wird, sprechen dafür, dass die Zeitschriften Jugendliche im engeren Sinne (unter 18 Jahren) erreichen sollen. Im Zusammenhang mit drei der sechs untersuchten Medien haben rechtliche Auseinandersetzungen stattgefunden. Für die erste Ausgabe der Zeitschrift "perplex" besteht ein allgemeiner Beschlagnahmebeschluss des Amtsgerichts Dresden vom 8. Januar 2008. Den Beschlagnahmebeschluss gegen die im Dezember 2007 erschienene zweite Ausgabe der Zeitschrift hat das Bundesverfassungsgericht am 9. Juli 2008 aufgehoben und die Entscheidung an das Landgericht Dresden zurückverwiesen.

### **2.4 Titel(seiten) und Editorials der Jugendzeitschriften**

Titel und Titelseiten prägen den ersten Eindruck, den Printmedien beim Betrachter hinterlassen – für die gewünschte Außenwirkung verdienen Diktion und nonverbale Symbolik an diesem Ort besondere Aufmerksamkeit. Teilweise mit dem Titel verbundene Hinweise auf das Selbstverständnis liefern auch Vorworte oder Editorials in den ersten Ausgaben der Periodika. Keine dieser Zeitschriften nimmt in ih-

rem Titel eine eindeutige politische Positionierung vor, allerdings lassen vier Titel mehr oder minder deutlich darauf schließen, dass die Inhalte einem unterstellten Konsens der Etablierten und Mächtigen nicht entsprechen ("Brennessel", "Jugend Rebelliert", "Schinderhannes", "stachel"). In fast allen Fällen spielen Abgrenzung und Provokation als Mittel der Ansprache – spätestens im Editorial – eine wichtige Rolle.

Am deutlichsten gilt dies für den Titel "Jugend Rebelliert", der einem Vers des Stücks "Rebellion" der Rechtsrock-Band "Sleipnir" entspricht. Ein Interview mit der Band ist in der Zeitung enthalten. Der Titel fordert zum Handeln auf, der Untertitel verstärkt die Zielrichtung des Handelns: "revolutionär – kritisch – kreativ". Begriffe wie "revolutionär" tauchen auf den Titelseiten der übrigen Periodika nicht auf – er lässt hier bereits erkennen, dass die Zeitung eine Umwälzung des bestehenden politischen Systems propagiert. Als einziges der untersuchten Periodika entspricht "Jugend Rebelliert" gestalterisch eher einer Zeitung als einer Zeitschrift: Unter einem Titelkopf folgen der Aufmacher und ein Editorial. Letzteres kündigt in der Zeitung Themen an, die "oft unter die 'political correctness' fallen, also nicht angesprochen werden sollen bzw. dürfen", und ruft dazu auf, die Zeitung aktiv zu unterstützen, selbst wenn dies mit Unannehmlichkeiten verbunden sein dürfte: "Wenn morgen die Pauker Euch wegen der Verteilung dieser Zeitung vor Eurer Schule einen langen Vortrag halten, so glaubt ihnen kein Wort denn: Jugend Rebelliert!"

"Schinderhannes" greift die geläufige Bezeichnung des Straßenräubers Johann Bückler (1783–1803) auf, der als Helfer der Armen und Gegner der Obrigkeit überliefert ist. Die Hauptzeile der Titelseite "Jugend hat das Recht auf Widerstand!" unterstreicht, dass der historische Sympathieträger als Vorbild im Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse herangezogen wird. Das Editorial konkretisiert die Feindbilder und greift typische Elemente zeitgenössischer rechtsextremistischer Agitation auf: "Warum eigentlich 'Schinderhannes'? Der Schinderhannes kämpfte im Hunsrück vor etwa 200 Jahren gegen soziale Ungerechtigkeit und Fremdherrschaft. Heute müssen wir uns gemeinsam und entschlossen gegen die asoziale Politik der Versager in Berlin und Mainz wehren." Das prägende Symbol der "Schinderhannes"-Titelseite ist die schwarze Fahne, die in links- wie rechtsautonomen Gruppen vorkommt. "stachel" verwendet dieselbe Abbildung kleiner auf der Titelseite.

"Brennessel" und "stachel" geben den vorsichtigen Titeln durch Untertitel eine provokantere Wendung: "Die, vor denen Eure Lehrer warnen" bzw. "Achtung, Verletzungsgefahr". Auch der unbestimmte Titel "perplex" wird durch den Untertitel "jung – frech – deutsch" konkretisiert, der die Erwartung unangepasster Inhalte verstärkt. In diesem Sinne baut das "Vorwort" einen Kontrast auf zwischen der Zeitschrift und den ihr nahe stehenden Lesern sowie "spießigen Paukern", die "Dir nur ihren eigenen linksextremen 68er-Schwachsinn eintrichtern wollen" und einem jugendlichen "Kriecher-Typ, der bloß nicht auffallen will". Die von "perplex" repräsentierte Haltung erscheint somit als eine, die sich von der Masse abhebt, auf Nachdenken und Nachfragen basiert, statt unreflektiert vorgegebene Meinungen zu übernehmen. Insofern nimmt sie eine tatsächliche Individualität und Aufgeklärtheit in Anspruch. In ähnlicher Weise richtet sich "stachel" im Editorial an das Publikum ("Glaubt Ihr dem, was Eure Lehrer, machtgeile Politiker oder bezahlte 'Antifaschisten' Euch über die NPD erzählen wollen?"). Bei beiden Periodika fällt auf, dass der aggressiven Tonlage im Editorial eine Bildsprache und Diktion der Titelseiten gegenübersteht, die positive Botschaften in den Mittelpunkt rückt. Titelbild des "stachel" ist ein zuversichtlich und freundlich anmutendes (offenbar ethnisch deutsches) Mädchen, dem die Sprechblase hinzugefügt wurde: "Ich bleibe hier, ich packe an [...] weil ich hier gebraucht werde. Meine Tat kann was verändern!" Eine vergleichbare Bildbotschaft verwendet "perplex": Die Zeitschrift kombiniert das Titelfoto, das zwei einander greifende Hände zeigt, mit den Zeilen "Wir bleiben hier!" und "Wir packen an!"

Einzig "Objektiv" verzichtet im Titel, auf der Titelseite und im Editorial praktisch vollständig auf provokante Elemente. Vielmehr impliziert die Zeitschrift, neutrale, unparteiliche Information zu liefern. Im Editorial nimmt sie eine wahre Objektivität in Anspruch, an der es anderen Medien fehle: "Zum einen wollen wir ohne vorgefertigte Einheitsmeinung, wie im Fernsehen oder den anderen Mainstream-Medien, berichten, so objektiv es eben nur geht. Zum anderen wollen wir uns stets auf bestimmte Themenbereiche konzentrieren, sozusagen mit unserem Objektiv erfassen." Entsprechend enthält die

Titelseite keinen Hinweis auf die organisatorische Bindung des Blattes und keinerlei Symbolik, die auf eine Nähe zu (rechts)extremistischen Kreisen verweist. Die Vermutung liegt nahe, dass der Titel und dessen Interpretation auch der Immunisierung gegen Kritik an der Zeitschrift und ihrer (versteckten) Verbindung zur Organisation 'pro Köln' dienen soll: Demnach käme die Kritik aus hinlänglich bekannten nicht-objektiven medialen Kreisen.

Alle übrigen Periodika enthalten auf dem Umschlag Logos, die die Bindung an die NPD bzw. deren Jugendorganisation 'Junge Nationaldemokraten' deutlich machen. Vergleichsweise zurückhaltend geschieht dies bei "perplex" und "Brennessel" auf der hinteren Umschlagseite. Gleichwohl ist der rechts-extremistische Hintergrund der Periodika überwiegend wenig augenfällig. Das Etikett "rechts" taucht auf keiner Titelseite als Eigenbezeichnung auf – eine Positionierung auf der Rechts-Links-Skala deutet der Begriff "national(istisch)" an: in Überschriften von "Jugend Rebelliert" ("nationale Schülerzeitung") und "stachel" ("Darum sind wir Nationalisten"). In abgeschwächter Form gilt dies für den Begriff "deutsch" – in "perplex" im Untertitel und in der Ankündigung eines Beitrags ("JN-Sachsentag. Unsere Lieder für Deutschland") sowie in "stachel" in der Ankündigung eines Beitrags, der den Aufkleber "Ich stehe zu meinem Land" bewirbt. Der Aufkleber ist mit dem Hermannsdenkmal illustriert, auf der Titelseite klein abgedruckt und im Innern des Heftes zum Herausnehmen enthalten. Auf der Titelseite heißt es: "Bekenne Dich und zeig anderen, dass Du Deutschland beistehen wirst, wie Hermann der Cherusker es tat. Auf Dich kommt es an!"

Abgesehen von Logos ist auf den Titelseiten keinerlei Symbolik zu finden, die eindeutig dem Rechts-extremismus zuzuordnen ist. Dies gilt auch für die Schrifttypen. Frakturschrift, die in rechtsextremistischen Publikationen nicht selten vorkommt und vermutlich (fälschlicherweise) NS-Assoziationen wecken soll, taucht auf keiner der Titelseiten auf (in "Brennessel" allerdings auf der hinteren Umschlagseite). Bemerkenswert ist die auf der Titelseite von "stachel" prominent platzierte Ankündigung eines Beitrags, der vor dem Konsum von Drogen warnt. Auf rotem Grund oben links gesetzt und mit einer angedeuteten Spritze illustriert, fällt die Überschrift "Keine Drogen!" ins Auge. Diese Beispiele machen deutlich, dass bewusste Mäßigung in unterschiedlichen Graden auf allen Titelseiten erkennbar ist – am deutlichsten gilt dies für "Objektiv" am schwächsten für "Jugend Rebelliert". Regionale Bezüge sind Teil der zielgruppenorientierten Ansprache auf fünf von sechs Titelseiten der untersuchten Periodika. Hierzu zählen auch die Eigenbezeichnungen als "Jugendzeitung für Sachsen" ("perplex"), "erste nationale Schülerzeitung für Sachsen-Anhalt" ("Jugend Rebelliert") und "Größte Kölner Schüler- und Jugendzeitung" ("Objektiv").

## 2.5 Vernetzungsleistung

Wo stehen die untersuchten Periodika, und innerhalb welchen politischen Raumes möchten sie Brücken schlagen? Für diese Frage ist nicht nur die organisatorische Verankerung der Herausgeber und Autoren relevant – Aufschluss geben auch positive Bezüge auf andere Personen und Organisationen in redaktionellen Beiträgen und Anzeigen. In letzterer Hinsicht ist zwischen Inseraten der Herausgeber selbst oder aus ihrem engsten politischen Umfeld (Eigenanzeigen) und sonstigen Inseraten (Fremdanzeigen) zu unterscheiden. Bei Eigenanzeigen liegt eine politische Nähe der Inserenten zur Publikation auf der Hand und ein persönlicher Kontakt zu ihren Verantwortlichen ist wahrscheinlich. Für Fremdanzeigen – für die in aller Regel ein Entgelt gezahlt wird – gilt beides grundsätzlich nicht. Erwartungsgemäß unterscheiden sich die Vernetzungsrichtungen der untersuchten Medien erheblich. Die fünf aus der NPD stammenden Zeitschriften verweisen durchgängig positiv auf ihre eigene Partei ("die Partei der Jugend", "Die NPD nimmt sich Problemen an, von deren Existenz Politiker nicht einmal den Hauch einer Ahnung haben"). Mitunter ist von der NPD oder den JN in der ersten Person die Rede, sodass keinerlei Distanz zwischen Partei und Medium erkennbar ist ("Denn wir [NPD] sprechen aus, was die meisten deutschen Schüler (bislang) nur denken", "Wir Jungen Nationaldemokraten"). Dagegen stellt "Objektiv" in der untersuchten Ausgabe keinerlei Verbindung zu Organisationen und Medien mit deutlich rechtsextremistischem Hintergrund her. Die Zeitschrift durchzieht dagegen lobende und werbende Hinweise auf 'pro Köln'. Die Zeitschrift hält formale Distanz und spiegelt somit Unparteilichkeit vor – gleichzeitig stellt sie Nähe zu 'pro Köln' her durch positive Bezüge in redaktionellen Beiträ-

gen, durch ein Interview mit dem Jugendbeauftragten der Organisation, das auch nach der Art der Fragen den Charakter einer Selbstdarstellung des Arbeitskreises "Jugend pro Köln" hat, und durch ganzseitige Werbung für 'pro Köln', die als Anzeige gekennzeichnet ist. Hinzu kommen drei Anzeigen für eigene publizistische Projekte von Funktionsträgern der Organisation sowie für die von 'pro Köln' geleitete Aktion "Bürgerbegehren gegen die Ehrenfelder Großmoschee". Letztere ist mit einem redaktionellen Beitrag verknüpft, und beide binden das Zentralthema von 'pro Köln' – den Moschee-Bau in Köln-Ehrenfeld – in die Zeitschrift ein. Als einziges der untersuchten Periodika enthält "Objektiv" in größerem Umfang bezahlte Fremdanzeigen: Dies gilt für die Inserate zweier örtlicher Tanzschulen, einer Fahrschule, eines Biergartens und einer Burschenschaft. Diese Inserate erfüllen offenbar einen doppelten Zweck: Nach eigenen Angaben bilden sie die finanzielle Basis der Zeitschrift und signalisieren andererseits auf in Schülerzeitungen übliche Weise eine Anerkennung des Projekts aus der lokalen Geschäftswelt. Spiegel-Online zufolge fühlten sich "einige Anzeigenkunden, die nicht aus dem rechten Umfeld stammen, angesichts der redaktionellen Inhalte massiv getäuscht".

Positive Bezüge finden sich auch auf Medien und Personen, die dem Rechtsextremismus fern stehen. Sie werden zustimmend zitiert, seltener auch ausdrücklich gelobt, um eigenen Aussagen eine scheinbare Seriosität zu verleihen. Insbesondere werden Wissenschaftler oder demokratische Medien zitiert: zum Beispiel der Leiter des Zentrums für Türkeistudien in Essen Prof. Faruk Sen, der Kriminologe Prof. Christian Pfeiffer, "Sozialforscher der Universität Bielefeld" (gemeint ist das Team um Prof. Wilhelm Heitmeyer) sowie "Die Zeit", der WDR und "Deutschlandradio Kultur" – dies steht im Kontrast zur klaren, mitunter aggressiven Frontstellung, die an anderen Stellen gegenüber den Massenmedien ("Mainstream-Medien") deutlich wird. Eine ähnliche Funktion dürften Zitatkästen haben, die in "Objektiv" auffällig sind. Darin finden sich aphorismenartige Aussprüche von Intellektuellen wie Kurt Tucholsky und George Orwell. In "Jugend Rebelliert" gilt dies für ein Zitat Mahatma Gandhis.

Inwiefern spiegeln die untersuchten Zeitschriften Kampagnenthemen der Bewegung wider? Tragen sie zu ihrer kulturellen Vernetzung bei bzw. diese Inhalte über die Bewegung hinaus? Beispiel 1: Die Agitation rechtsgerichteter Bewegungsmedien und anderer -akteure ist ohne deutlich gegen "Ausländer" gerichtete Tendenzen zurzeit kaum vorstellbar. Entsprechend spielen ausgeprägte fremdenfeindliche Züge in allen sechs untersuchten Zeitschriften eine zentrale Rolle. Diese stehen in "Objektiv" auch im lokalen Diskurszusammenhang um den Moschee-Bau in Köln-Ehrenfeld – in den NPD-Medien stehen sie in höherem Maße im Kontext der sozialen Frage und schüren diffuse Überfremdungsängste. "Überfremdung nimmt uns den Rest unserer Identität", heißt es in "stachel", und: "Die Deutschen werden zur Minderheit im eigenen Land". Einige Periodika behaupten eine Diskriminierung der ethnisch Deutschen, insbesondere von Schülern, die "nur noch Schüler 2. Klasse" seien ("stachel"), sowie auf dem Arbeitsmarkt: "Die guten Jobs scheinen also für Ausländer reserviert zu sein, die geringbezahlten oder körperlich anspruchsvollen aber offenbar ebenso" ("perplex"). "stachel" fasst zusammen: "Den Preis [der Einwanderung] dürfen wir Deutsche mit Verlust unserer Ausbildungsplätze, unserer Arbeit, unserer Kultur und unserer Identität bezahlen." Als "vorbildlich!" bezeichnet "Schinderhannes" eine Regelung der russischen Regierung, derzufolge keine Ausländer als Verkäufer auf russischen Märkten arbeiten dürften. Die Regierung wolle "zuerst Arbeitsplätze für Einheimische schaffen". Dies entspricht unmittelbar der NPD-Kampagne "Arbeit zuerst für Deutsche".

Das Thema Ausländer steht in "Objektiv" im Zusammenhang mit Jugendkriminalität und sexueller Belästigung deutscher Mädchen. Entsprechende Inhalte treten hier vorwiegend in Form der Islamophobie auf und sind – im Kontext von 'pro Köln' kaum überraschend – von Generalisierungen geprägt. Das Heft entwirft ein Stereotyp des jungen, türkischstämmigen Moslems, der in der fiktiven Kurzgeschichte "Jessika und Ali" das deutsche Mädchen belästigt. Bezeichnend sind Gedankengänge der Figuren, die folgendermaßen wiedergegeben werden: Ali – "Oh Mann, scheiße Alter: geile Braut –, die einmal ficken, man, das wäre geil: Ihr Arsch, die dicken Titten, die Haare, – das geht ab ..." Jessika – "Vielleicht hat Mutter ja doch Recht, wenn sie sagt, dass viele Moslems ihren sexuellen Kohldampf auf unseren Straßen vor sich herschieben und keine Grenzen bei Mädchen akzeptieren".

Ein weiteres Leitmotiv der Zeitschriften ist das Thema Meinungsfreiheit. In diesem Zusammenhang ist die Verwendung des Begriffs "Demokratie" bemerkenswert – ähnliches gilt für "Freiheit". Die Zeit-

schriften beziehen sich durchweg positiv auf diesen Begriff – als demokratiefeindlich wird nicht das eigene politische Lager gekennzeichnet, vielmehr wird der Vorwurf gegen die politischen Verantwortungsträger gewandt, gegen die Medien oder einen unterstellten linksgerichteten Zeitgeist. Dies geschieht mitunter nicht ausdrücklich, sondern durch ironische Wendungen: "Jugend Rebelliert" spricht von den "feinen Demokraten, die versuchen Sachsen-Anhalt zu regieren", aber auch von "Pseudodemokraten" und – bezogen auf die USA und ihre Verbündeten – von "angebliche(r) Demokratie". Gegen die deutsche Justiz gewandt, ist von einem "Klima der Volksverhetzung und Verleumdung" die Rede – Straftäter im wahren Sinne sind demnach der Staat und andere politische Gegner. "Brennessel" geht weiter, formuliert die Position aber in Frageform: "Wo besteht da eigentlich noch der Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur?", fragt die Zeitschrift angesichts der Tatsache, dass alle anderen im brandenburgischen Landtag vertretenen Parteien geschlossen gegen Anträge der DVU stimmten. Auch hier hat der Begriff Demokratie einen ironischen Unterton. Ausdrücklich stellt "perplex" die Systemfrage – in einer Überschrift in bekannter Diktion: "Das System hat keine Fehler, das System ist der Fehler!". Im Text heißt es, von einer "Demokratie, in der das Volk das Sagen hat, sind wir heute meilenweit entfernt". Die Medien wollten darüber bestimmen, "was wir zu sagen und zu denken haben". Solchen "Denkverbote(n) und Tabus" ("stachel") stellen die Jugendzeitschriften – explizit oder implizit – eine eigene Freiheitssehnsucht gegenüber: "Unsere Sprache ist nicht die Lügenrede im Fernsehen, sondern das freie Wort und das freie Lied ("Schinderhannes")".

Bezüge auf den historischen Nationalsozialismus sind verhältnismäßig selten. Eine sehr markante Ausnahme ist der Beitrag "Der Krieg, der viele Väter hatte!" in "perplex", der maßgeblich zur Indizierung und zum erwähnten allgemeinen Beschlagnahmebeschluss beigetragen hat. Der Artikel versammelt typische geschichtsrevisionistische Elemente, mit Ausnahme der ausdrücklichen Holocaust-Leugnung. Er ruft die Leser dazu auf, das Thema "Kriegsschuldfrage" im Unterricht anzusprechen – nicht zuletzt, weil dies die Lehrer "auf die Palme bringen" könne. In launigen Worten warnt der Beitrag davor, den Holocaust im revisionistischen Sinne zu thematisieren: Dies empfehle sich nur, "wenn man im weiteren Leben keinen tieferen Sinn mehr sieht, unbedingt noch am selben Tag von der Schule fliegen und nach einem drei- bis fünfjährigen Sanatoriumsaufenthalt im kanadischen Saskatchewan den Urwald roden helfen möchte". Den Verlauf des Zweiten Weltkriegs stellt der Text zunächst nach angeblich "offizieller Lesart" dar und webt Formulierungen ein, die aus Verlautbarungen über Auslandseinsätze der Bundeswehr bekannt sind: Ein "Gefreiter namens Adolf" habe "in Polen 'mehr Verantwortung übernehmen'" wollen, "kam dann aber später doch zu der Überzeugung, daß 'die deutschen Interessen' wenigstens am Ural 'verteidigt werden müßten'". Auf diese Weise vermischt der Beitrag widersprüchliche Botschaften: die Anklage heutiger Auslandseinsätze, die dem nationalsozialistischen Vernichtungskrieg gleichgesetzt werden, und die Verharmlosung des Zweiten Weltkriegs. Im Folgenden wird der Text konkreter, und behauptet beispielsweise, Hitler habe vor dem Einmarsch in Polen "verzweifelt versucht, den Frieden zu retten", spricht in üblicher Szene-Diktion vom "Friedensflug von Rudolf Heß", der sich an zahlreiche Friedensangebote der deutschen Seite angeschlossen habe, und stellt den Russlandfeldzug als Präventivkrieg dar ("Und wer weiß, daß die Russen mit über 4 Millionen Soldaten an der damaligen deutsch-russischen Grenze aufmarschiert waren, um dem Deutschen Reich vertragsbrüchig in den Rücken zu fallen?"). Der Autor trägt seine Behauptungen mit der Geste des Enthüllers spektakulärer Tatsachen vor, die andere (linke Lehrer, Kriegs-Gewinner) aus ideologischen oder Dominanz-Gründen unterdrückten. Auf dieser Basis fordert er ein grundlegend neues Geschichtsbild ein. Einen bemerkenswerten Bezug auf den Nationalsozialismus nimmt auch ein Mitglied der Band "Sleipnir" im Interview mit "Jugend Rebelliert" vor. Formal lässt er die Bewertung des NS offen: "Ob das System nun gut oder schlecht war soll jeder für sich selbst entschieden!" Demnach ist eine positive Bewertung legitim – das Zitat lässt sich auch als Strafvermeidungsstrategie verstehen, um nicht mit § 130 Abs. 4 StGB in Konflikt zu geraten, der die öffentliche Verherrlichung des Nationalsozialismus unter Strafe stellt.

In "stachel" und "Schinderhannes" spielt zudem das Thema Drogen eine prominente Rolle. Es wird in "Schinderhannes" nicht nur mit dem Vorwurf verbunden, die "herrschende Klasse", insbesondere die (rheinland-pfälzische) Regierung, unternehme nichts gegen grassierenden Drogenkonsum. Die Zeitschrift unterstellt auch in verschwörungstheoretischer Manier den Machterhalt als Motiv: "Eine zuge-

dröhnte und vernebelte Jugend hat kein Interesse und keine Kraft, den nationalen Befreiungskampf zu organisieren." Das Thema ist in "Schinderhannes" ebenso wie das Thema Kindesmissbrauch in "Jugend Rebliert" mit der Forderung nach der Einführung der Todesstrafe verbunden. "Todesstrafe für Kinderschänder" ist ein in Teilen des Rechtsextremismus seit einigen Jahren verbreitetes Kampagnenthema – als "Todesstrafe für Kindermörder" findet es sich auch auf einem T-Shirt wieder, das der DS-Versand in "stachel" bewirbt. Beiträge, die nur am Rande oder gar keine politische(n) Bezüge haben, finden sich fast ausschließlich in "Objektiv". Das Heft enthält beispielsweise Freizeittipps für Köln und Umgebung ("Canyon Chorweiler", "Sea Life").

Praktisch alle Periodika bemühen sich, die Leser einzubinden und Aktion anzustoßen. Dies geht in "Jugend Rebliert" und "Schinderhannes" bereits aus dem Editorial hervor – in letzterer Zeitschrift heißt es: "Eure Meinung interessiert uns. Auf Eure Mitarbeit freuen wir uns noch mehr! Schreibt uns, was Euch unter den Nägeln brennt." "Objektiv" ruft in einer auffälligen Eigenanzeige zur Beteiligung auf: "Die größte Kölner Schüler- und Jugendzeitung Objektiv sucht ehrenamtliche Autoren und Reporter", und nennt Kontaktmöglichkeiten zur Redaktion. "Jugend Rebliert" fordert die Leser darüber hinaus auf, Vertreter der JN in den Unterricht einzuladen: "Das Thema kann frei gewählt werden! Du brauchst allerdings die Erlaubnis des Lehrers bzw. Deiner Schule. Also: Fragt sie! Und lasst Euch nicht mit irgendwelchen Ausreden abspeisen." Die Verfasser rechnen sicherlich nicht mit tatsächlichen Einladungen – stellen sich aber als dialogbereit vor und dürften darauf setzen, einzelne Lehrer und Schulleitungen in die Defensive zu bringen. "Schinderhannes" enthält nicht nur einen Coupon, um die Schulhof-CD der NPD kostenlos zu bestellen ("Mit neuen Liedern und Provokations-Garantie!"), sondern bietet auch an: "(L)adet uns einfach ein, vor Eurer Schule die CD zu verteilen." Jugendzeitschriften könnten für die Verantwortlichen also ein Weg sein, mit Rezipienten in näheren Kontakt zu kommen, deren Anbindung an die Szene zu stärken und – möglicherweise mit ihrer Hilfe – Aktionen vor Ort vorzubereiten.

## 2.6 Schlussfolgerungen und Zusammenfassung

Die untersuchten parteinahen Jugendzeitschriften spiegeln die Gleichzeitigkeit von Provokation und Tarnung wider, die für die zeitgenössische Bewegung von rechts typisch ist, insbesondere für ihre Ansprache von Jugendlichen. "Objektiv" löst diese Spannung weitgehend zugunsten eines wenig provokanten, seriösen Erscheinungsbildes auf, in anderen Periodika liegt der Schwerpunkt auf dem Tabubruch. "stachel" ist – beabsichtigt oder nicht – von einer Linie geprägt, die von einem vergleichsweise moderaten Ton zu Beginn zu scharfen Aussagen im hinteren Teil des Heftes führt.

Tendenzen, die zu einer weniger aggressiven Wirkung der Medien beitragen, müssen nicht in jedem Einzelfall und auf jedes einzelne Mittel bezogen auf bewusstem Verschleierungskalkül beruhen. Elemente, die faktisch in allen parteinahen Jugendzeitschriften eine gemäßigte politische Haltung signalisieren, sind beispielsweise folgendermaßen deutlich geworden:

- : Die Periodika vermeiden weitgehend offensichtliche rechtsextremistische Symbolik.
- : Dies gilt auch für die Begrifflichkeit: Reizworte wie "Rasse" treten gar nicht auf, zentral ist vielfach die Selbstbezeichnung als "national(istisch)". Der Begriff wird als euphemistischer Ersatz für "rechts" verwandt.
- : Die Periodika bezichtigen andere demokratiefeindlicher Methoden und nehmen eine wahrhaft demokratische, aufgeklärte (oder auch "objektive") Haltung für sich in Anspruch.
- : Die Periodika unterstreichen eine vorgebliche Seriosität durch den Bezug auf glaubwürdige Quellen.
- : Die meisten Periodika greifen die öffentliche Warnung vor dem Rechtsextremismus ironisch auf.
- : Provokation als Mittel der Ansprache wurde beispielsweise folgendermaßen deutlich:
  - : Viele Periodika stellen ihren provokanten Charakter ausdrücklich und werbewirksam heraus.
  - : Darüber hinaus wird die Tatsache, dass ablehnende Haltungen gegenüber den eigenen Positionen in der Öffentlichkeit verbreitet sind, immer wieder thematisiert: Einerseits geschieht dies in dem Tenor, angebliche Demokraten schränkten das Recht auf Meinungsfreiheit ein – andererseits sollen entsprechende Hinweise die Aufmerksamkeit auf die eigenen Sichten lenken. Auf diese

Weise nutzen die meisten Periodika den Reiz des Verbotenen und Verpönten. Einige Beiträge sind von einer Selbstinszenierung der Autoren als Enthüller unbequemer Wahrheiten geprägt, die andere "auf die Palme bringen".

- : Die Periodika grenzen sich beispielsweise von demokratischen Parteien, Politikern oder Medien unterschieden ab, mitunter auch vom Staat im Allgemeinen bzw. dem "System" sowie von "linken" Lehrern.
- : Feindbilder verbinden die Periodika häufig mit humoristischen Elementen, die zuspitzen und überzeichnen.

Das Ziel sind kalkulierte Grenzüberschreitungen im strafrechtlich zulässigen Rahmen. Vor diesem Hintergrund ist es wahrscheinlich, dass strafrechtlich relevante Inhalte künftig kaum noch oder gar nicht mehr in parteinahen Jugendzeitschriften zu finden sein werden. Dies mindert ihre Fähigkeit, demokratische Kultur zu gefährden, keineswegs: Vielmehr wächst die Anschlussfähigkeit an Vorurteile und Vorbehalte, die weit über den Kreis des Rechtsextremismus hinaus verbreitet sind, in dem Maße, in dem die Agitation verbal zurückhaltender – geschickter – geschieht.

Die Produktion von Jugendzeitschriften ist keine isolierte Aktion, sondern Teil und Ausdruck systematischer und tendenziell professionalisierter Bemühungen um das junge Publikum mit Hilfe von Tonträgern, Online- und Printmedien. Dies gilt in besonderer Weise für die NPD. Die Darstellung des JN-Bundesvorsitzenden ist nicht frei von prahlerischer Selbstinszenierung, ernst zu nehmen ist sie gleichwohl: "Die in den verschiedensten Regionen unseres Landes massenhaft verteilten Jugendzeitungen zeigen, daß sich nicht alle Jugendlichen von Konsum und der BRD-Eintönigkeit einlullen lassen."

# 3 Die Tablighi Jama'at

## Eine ideologische Bewegung mit Radikalisierungspotenzial

Die 1927 in Indien gegründete, islamistische 'Tablighi Jama'at' ("Gemeinschaft zur Verkündigung" – TJ) ist eine weltumspannende Massenbewegung mit mehreren Millionen Anhängern, die auch in Deutschland aktiv ist und in NRW über funktionierende Organisationsstrukturen verfügt. Die TJ versteht sich selbst als Missionsbewegung. Anhänger der TJ werden durch ihre spirituellen Mentoren dazu angehalten, regelmäßig und unbezahlt missionarisch tätig zu werden, um auf diese Weise den "wahren" Glauben zu verbreiten und selbst zu einer besonderen Frömmigkeit zu gelangen. Das Ziel der Missionierungsbemühungen in Deutschland sind der Einschätzung deutscher Sicherheitsbehörden nach besonders junge und benachteiligte Muslime sowie Konvertiten zum Islam, die zu einem streng an islamischen Quellen und religiösen Vorbildern orientierten Leben hingeführt werden sollen. Letztendliches Ziel der Bewegung ist die Errichtung eines islamischen Gottesstaates auf Erden, basierend auf islamischen Vorschriften so wie die TJ diese versteht und auslegt.

## Mittelbare Förderung des internationalen islamistischen Terrorismus

Die 'Tablighi Jama'at' beschreibt sich selbst als friedfertige Bewegung, die keine konkrete politische Zielsetzung habe und Gewalt ablehne. Aufgrund der weltweiten Missionierungstätigkeit und ihres strengen Islamverständnisses besteht jedoch die Gefahr, dass die TJ islamistische Radikalisierungsprozesse fördert und dem internationalen islamistischen Terrorismus (Jihadismus) Vorschub leistet. Beispielsfälle liefern Anhaltspunkte für den Verdacht, dass die Bewegung

- : durch ihre netzwerkartigen Strukturen den internationalen islamistischen Terrorismus mittelbar fördert (Gefährdung der auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW) und
- : durch die strengreligiöse Anleitung ihrer Mitglieder den geistigen Nährboden für die Rekrutierung von Jihad-Kämpfern bereitet (Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung bzw. das friedliche Zusammenleben der Völker gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW).

## Gefahr der Instrumentalisierung von Strukturen und Kontakten

Durch die weltweiten Missionsreisen ihrer Mitglieder hat die 'Tablighi Jama'at' ein großes soziales Netzwerk aufgebaut, das neben der friedfertigen Missionsarbeit auch für terroristische Zwecke missbraucht werden kann. Die Ausnutzung der Infrastruktur der TJ durch Jihadisten, insbesondere für Reiseaktivitäten, ist in Einzelfällen bereits belegt worden. Darüber hinaus ist auch die Nutzung der länderübergreifenden Kontakte zum Zwecke des Aufbaus von Terrornetzwerken vorstellbar. Es gibt indes keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass die Bewegung selbst einen derartigen Missbrauch ihrer Strukturen für die Terrorismus-Förderung bewusst duldet oder sogar aktiv unterstützt. Anhänger der TJ wurden aber in der Vergangenheit nachweislich von terroristischen Gruppierungen für den bewaffneten Kampf rekrutiert. So wurde in Einzelfällen in den religiösen Ausbildungszentren der TJ in Pakistan gezielt nach möglichen Rekruten für den gewaltsamen Jihad gesucht. Grundsätzlich eignet sich die Bewegung als eine Art "Sprungbrett" für radikal islamistisch orientierte Personen. So soll der als "Schuhbomber" bekannt gewordene Brite Richard Reid und der "amerikanische Taliban" John Walker Lindh früher zur TJ gehört haben und sich später dem internationalen Terrorismus, in diesem Fall der 'al-Qaida', zugewendet haben. Ob die TJ aktiv zur Radikalisierung dieser Personen beigetragen hat oder ob lediglich ihre Strukturen ausgenutzt worden sind, kann derzeit nicht abschließend beurteilt werden.

## Ideologie mit Sprengkraft?

Neben der Gefahr der Ausnutzung von TJ-Strukturen durch Akteure des internationalen islamistischen Terrorismus liegt ein weiterer Grund für die "Beobachtungswürdigkeit" der TJ durch den Verfassungsschutz vor allem in der Ideologie der Bewegung. Bei der Beschreibung ideologischer Grundzüge der TJ wurde seitens der deutschen Sicherheitsbehörden stets einvernehmlich auf ihr striktes Islamverständnis hingewiesen. Bereits im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2007 wird die TJ als eine "streng konservative,

sunnitische Bewegung" beschrieben, "deren Mitglieder großen Wert auf die wortgetreue Ausübung islamischer Vorschriften und die Befolgung der islamischen Riten legen." Es ist zu befürchten, dass sich TJ-Anhänger, die mitunter über Jahre hinweg mit einem fundamentalistischen (d. h. wortwörtlichen) Islamverständnis indoktriniert werden, leichter von terroristischen Parolen einfangen lassen und damit anfälliger für Jihad-Ideologen und deren Propaganda sind.

### **Eine Bewegung mit inoffiziellm Charakter**

Um das Radikalisierungspotenzial der Bewegung und die Beobachtungswürdigkeit durch den Verfassungsschutz besser einschätzen zu können, ist ein genauer Blick auf die ideologische Ausrichtung und die Weltanschauung der TJ notwendig. Aussagen über ideologische Kernelemente der Bewegung sind eine wichtige Argumentationsgrundlage für eine Bewertung. Anders als die meisten anderen extremistischen Gruppierungen und Organisationen verfügt die TJ nicht über eine offen nach außen getragene Ideologie. Es gibt nach dem heutigen Erkenntnisstand zudem kein Gremium anerkannter religiöser Autoritäten, das sich über offizielle Kanäle äußert oder in religiösen Angelegenheiten systematisch von den Anhängern der Bewegung konsultiert wird. Auch ein offizieller Internetauftritt oder öffentliche Verlautbarungen der Bewegung sind nicht feststellbar, was eine umfassende Darstellung der Weltanschauung der TJ erheblich erschwert.

### **Lehrbücher und Schriften – ein Zugang zur Weltanschauung der TJ**

Das Radikalisierungspotenzial der Bewegung und die Beobachtungswürdigkeit durch den Verfassungsschutz lassen sich neben den Äußerungen einzelner Anhänger vor allem an den innerhalb der TJ genutzten Lehrbüchern und Schriften festmachen. Zentrale Werke der TJ hat der Verfassungsschutzverbund einer Analyse unterzogen, um die Vereinbarkeit mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu überprüfen. Dabei haben bestimmte Abschnitte tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht auf Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung ergeben.

Hauptgegenstand der Untersuchung war die Schrift "Faza'il-e-A'maal" ("Die Tugenden guter Taten") des Mitbegründers der TJ Muhammad Zakariyya Kaandhlawi (1898-1982), das als viel gelesenes Standardwerk der TJ gilt. Es spielt bis heute eine wichtige Rolle innerhalb der Bewegung. Bei dem Werk handelt es sich um eine Zusammenstellung von sogenannten Prophetentraditionen ("Hadithe") aus der islamischen Frühzeit (7. Jhd. n. Chr.) sowie von Koranversen, die der Autor aus bekannten Prophetenbiographien bzw. dem Koran meist wortwörtlich zitiert und zum Teil auch kommentiert. Im Mittelpunkt der Erzählungen stehen die damaligen Anhänger des Propheten Muhammad, deren Verhaltensweise und Glaubensstärke als vorbildlich für die Muslime der heutigen Zeit dargestellt werden. Dabei beschwört der Autor in stark idealisierender Form die "glorreiche" Vergangenheit des Islam und stellt sie der Lage der Muslime in der Gegenwart gegenüber, die er für "degeneriert" hält.

### **Ausgeprägtes Freund-Feind-Denken**

Der Autor der "Faza'il-e-A'maal" bedauert, dass sich viele junge Menschen vom wahren Islam abgewendet hätten. Die Erklärung sucht er in der angeblichen Verwestlichung der muslimischen Jugend, die sich die Auffassungen der "Feinde des Islam" (das ist: "der Westen") zu Eigen gemacht hätten. Ein ausgeprägtes Freund-Feind-Schema ist eindeutig erkennbar. So wirft der Autor den Muslimen vor, die "Feinde des Islam" zu hofieren und erinnert sie daran, dass dies ein Verhalten sei, das den Ärger Gottes provoziere. Mehrere Aussagen deuten darüber hinaus auf ein dualistisches Weltbild hin, wonach die Menschheit in Muslime und Nichtmuslime eingeteilt sei. Den höheren Wert misst der Autor dabei dem muslimischen Teil der Menschheit zu. Innerhalb der Muslime wird dabei nicht mehr differenziert. Ein Unterschied zwischen extremistischen und nichtextremistischen Positionen innerhalb der TJ wird dadurch erschwert. Die geforderte Solidarität der Muslime untereinander erlaubt keine Differenzierung. Gegenüber andersgläubigen oder gar nichtgläubigen Menschen wird dagegen Distanz gefordert. Letztere erscheinen in den untersuchten Passagen durchgängig in negativem Licht.

## **Gefahr der Abschottung**

Einige Textpassagen sind darüber hinaus als Aufruf zur Abschottung gegenüber Nicht-Muslimen zu verstehen. So ist beispielsweise davon die Rede, dass Kinder in "unislamischen" Gesellschaften von ihrem Glauben entfremdet werden würden. Auch an anderen Stellen wird ein Erziehungskonzept deutlich, das sich gegenüber außerislamischen Einflüssen abschottet. Mit mehreren Prophetentraditionen wird versucht zu belegen, dass Korankenntnisse das Hauptkriterium für gesellschaftliche und religiöse Höherwertigkeit seien. Wer den Koran kenne, sei ein "edlerer" und "besserer" Mensch.

Die Verinnerlichung dieser Überzeugung trägt zu einem elitären Bewusstsein und zur Bildung parallelgesellschaftlicher Strukturen bei. Sie kann ferner zu einer Gefahr werden, wenn daraus Positionen abgeleitet werden, die im Widerspruch zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. So wird z. B. Gewalt in der religiösen Erziehung von Kindern gutgeheißen wenn es heißt, die Rute einzusetzen, um Kindern die Notwendigkeit des Gebets zu vermitteln. Diese Überzeugungen verstoßen

- : gegen das Prinzip der Glaubensfreiheit (Art. 4 Abs. 1 und 2 GG) und
- : gegen das Recht auf körperliche Unversehrtheit. (Art. 2 Abs. 2 GG).

Das gesamte Erziehungskonzept der TJ ist nicht an der Erziehung zu einem selbständigen und mündigen Bürger ausgerichtet. Insgesamt wird ein Menschenbild vermittelt, das dem Prinzip der Freiheit und der selbstbestimmten Lebensführung widerspricht.

## **Unterordnung der Frau**

Die Standardliteratur der TJ offenbart ein streng konservatives Frauenbild, demzufolge sich die Frau dem Mann bedingungslos zu unterwerfen habe. Gehorsamkeit und "gutes Benehmen" gegenüber dem Ehemann werden als "großes Kapital" für die Frau beschrieben. Die analysierten Texte orientieren sich streng an islamischen Quellentexten und blenden neuzeitliche Entwicklungen und Veränderungen im Geschlechterverhältnis vollkommen aus. Zahlreiche Textpassagen legen den Schluss nahe, dass Frauen und Männer unterschiedliche Rechte haben. Diese Auffassungen verstoßen eindeutig gegen das Prinzip der Gleichberechtigung von Mann und Frau (Art. 3 Abs. 2 GG).

Die Erfüllung häuslicher Pflichten wird als eine zentrale Aufgabe der "vorbildlichen" muslimischen Frau beschrieben, ebenso wie ihre ständige sexuelle Verfügbarkeit gegenüber dem Ehemann. Darüber hinaus verbiete der Islam den Frauen, ohne männliche Begleitung längere Reisen anzutreten. Diese Auffassung ist in der islamischen Welt umstritten. Sie wird jedoch von vielen konservativen Islamgelehrten auch jenseits der TJ geteilt. Keinesfalls aber existiert im islamischen Recht ein eindeutiges "Verbot", das die Bewegungsfreiheit der Frau einschränkt. Eine solche Auffassung widerspricht den grundgesetzlich garantierten Persönlichkeitsrechten des Menschen (Art. 1 Abs.1 und Art 2 Abs. 1 GG).

## **Scharia als "einzige Lösung"**

Ein weiterer Bestandteil der TJ-Lehre ist die Propagierung der Scharia (des islamischen Rechts). Dies impliziert die Befürwortung der mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung eindeutig nicht kompatiblen Bestimmungen des klassischen islamischen Prozessrechts, des klassischen islamischen Ehe- und Scheidungsrechts sowie der sogenannten "Körperstrafen" (Auspeitschen, Steinigen etc.). Die umfassende Geltung der Scharia wird als die einzige Lösung für alle Probleme der Muslime in der heutigen Zeit betrachtet.

## **Verherrlichung des kämpferischen Jihad**

Angesichts der weitgehend noch ungeklärten Bezugspunkte zum internationalen Terrorismus kommt der Behandlung der Themen Jihad und Märtyrertum in der Literatur der TJ eine besondere Bedeutung zu. Auch wenn nicht explizit zum kämpferischen Jihad aufgerufen wird, betonen die analysierten Schriften immer wieder die Verpflichtung der Muslime zum bewaffneten Kampf. Jihad und Märtyrertum werden umfangreich thematisiert und anhand ausgewählter Erzählungen durchweg als positiv dargestellt. Eine Relativierung diesbezüglicher Prophetentraditio-

nen, etwa durch ihre Einordnung in den geschichtlichen und gesellschaftlichen Kontext der damaligen Zeit, wird nicht vorgenommen. Darin liegt eine besondere Gefahr, denn die euphorischen Beschreibungen der Kampfszenen sind geeignet, auf heutige Konflikte übertragen und als Ansporn zur Teilnahme am Jihad verstanden zu werden. Besonders problematisch ist die positive Kommentierung der Teilnahme junger Heranwachsender am bewaffneten Kampf. Dadurch werden insbesondere Jugendliche angespornt, am gewaltsamen Jihad teilzunehmen.

## **Fazit**

Die TJ wird gegenwärtig nicht als Terrororganisation eingestuft. Es gibt nach wie vor keine Erkenntnisse darüber, dass die Bewegung als solche terroristisch aktiv ist. Sie hat bisher keine Anschläge verübt oder sich an solchen beteiligt. Es existieren jedoch Einzelfälle, die belegen, dass sich TJ-Anhänger zu Jihadisten entwickelten, nachdem sie zuvor in der TJ mit streng-islamischem Gedankengut vertraut gemacht worden waren. Vor diesem Hintergrund wurde immer wieder der Verdacht geäußert, die TJ-Ideologie sei prinzipiell offen für extremistisches Gedankengut und böte sich als eine Art "Sprungbrett" für terroristische Karrieren an. Dieser Verdacht hat sich inzwischen erhärtet. Die Verfassungsschutzbehörden sind nach der Auswertung von Standardwerken der TJ heute in der Lage festzustellen, dass in der Literatur der Bewegung

- : islamistische Standpunkte explizit vertreten werden und
- : ein großer Interpretationsspielraum für extremistische Auslegungen bis hin zu jihadistischen Vorstellungen geboten wird.

Bei dem Gläubigen, der dem Vorbild des Propheten im Sinne der TJ folgt und entsprechend indoktriniert wird, kann dies unter Umständen schwerwiegende Auswirkungen haben. Der so neu orientierte, labile, autoritätshörig und gutgläubig gegenüber seinen Glaubensbrüdern handelnde TJ-Angehörige stellt für Extremisten und Terroristen ein leicht zu köderndes Subjekt dar.

# 4 Grenzenlose Menschenfeindlichkeit

## Ein Vergleich von türkischem und deutschem Rechtsextremismus

### Einführung

In seiner Funktion als Frühwarnsystem der Demokratie beobachtet der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen Trends und Entwicklungen aller Extremismusbereiche. In jüngster Vergangenheit waren verstärkt Aktivitäten zu verzeichnen, die dem türkischen Rechtsextremismus zuzuordnen sind, der zumeist unter den Bezeichnungen "I-dealisten" ("Ülkücü") oder 'Graue Wölfe' ("Bozkurt") firmiert. Seit 2006 wird von Schulen – auch in Nordrhein-Westfalen – berichtet, dass es zu Provokationen von Schülern kommt, die man den 'Grauen Wölfen' zurechnete. An einer Schule in Köln wurde demnach ein Lehrer türkischer Abstammung im Rahmen des muttersprachlichen Unterrichts von Schülern unter anderem dazu aufgefordert, zu Unterrichtsbeginn die türkische Nationalhymne singen zu lassen. Als er sich weigerte, wurde er als Kommunist bzw. PKK-Mitglied verunglimpft. In der Mitgliederzeitung der Kölner Lehrgewerkschaft GEW (Forum, Ausgabe 1/2006) wird von einem Lehrer dargelegt, dass die türkisch-nationalistischen Gruppen an den Schulen ein Gefühl der Angst und Unsicherheit verbreiten würden. Schüler würden demonstrativ Zeichen der Ülkücü-Bewegung zur Schau stellen bzw. tragen. Hierzu gehören Halsketten mit drei Halbmonden oder einem heulenden Wolf, das einen Wolfskopf symbolisierende Handzeichen sowie die Schriftzüge MHP ('Milliyetçi Hareket Partisi'/'Partei der Nationalistischen Bewegung') oder "Bozkurt" (Grauer Wolf) an Schulwänden [BILD]. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen nimmt die Vorkommnisse und andere Erkenntnisse zum Anlass, diese Variante des Extremismus näher in den Blick zu nehmen und nach eventuellen ideologischen Ähnlichkeiten und Anknüpfungsmöglichkeiten insbesondere zum deutschen Rechtsextremismus zu fragen.

Der Rechtsextremismus insgesamt stellt heute eine der größten Herausforderungen für die freiheitliche Demokratie in Deutschland dar. Die Rolle des deutschen Rechtsextremismus als zentraler antidemokratischer Akteur ist sowohl von der Wissenschaft als auch von den Behörden für Verfassungsschutz in den vergangenen Jahren immer wieder sehr ausführlich dargestellt worden. Die deutsche extremistische Rechte unterliegt einer intensiven Beobachtung und Analyse staatlicher und nichtstaatlicher Stellen. Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden ein Vergleich der ideologischen Grundzüge des deutschen und des türkischen Rechtsextremismus erhellen, inwieweit es sich bei der Ülkücü-Ideologie um ein dem deutschen Rechtsextremismus ähnliches, die Demokratie gefährdendes Gedankengut handelt.

### 4.1 Ideologische Grundzüge des deutschen Rechtsextremismus

Zwischen Verfassungsschutzbehörden und Wissenschaft sowie innerhalb der Forschung besteht hinsichtlich der konkreten ideologischen Merkmale der deutschen rechtsextremistischen Szene weitgehende Übereinstimmung. Folgende Vorstellungen sind charakteristisch:

- : die Ablehnung des Anspruchs auf gleiche Rechte für alle Menschen auf Grund einer unterstellten rassistischen bzw. ethnischen Ungleichheit. Der Antisemitismus ist eine im Rechtsextremismus besonders verbreitete Ausprägung dieses Denkens.
- : das Leitbild einer Volksgemeinschaft, in welcher der Staat und eine ethnisch homogene Bevölkerung zu einem Kollektiv verschmelzen.
- : der Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum, der eine strikte Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson verlangt.
- : ein Nationalismus, der in der Regel von einer feindseligen Haltung gegenüber anderen Staaten und Völkern geprägt ist. Eine Besonderheit stellt das Konzept des "Ethnopluralismus" dar: Es geht zwar nicht ausdrücklich davon aus, dass die eigene ethnische Gruppe höherwertig sei als andere, sieht aber eine räumliche Trennung von Ethnien vor ("Deutschland den Deutschen – die Türkei den Türken").
- : eine verharmlosende oder verherrlichende Darstellung des Nationalsozialismus. Damit ist oft die Leugnung des Holocausts und der deutschen Schuld am Zweiten Weltkrieg – der sogenannte "Geschichtsrevisionsismus" – verbunden.

Diese Auffassungen werden mit Positionen kontrastiert, die von Rechtsextremisten strikt abgelehnt und politisch bekämpft werden. Dazu gehören

- : die Idee von universellen Menschenrechten
- : das Eintreten für Multikulturalismus
- : der Wertpluralismus der liberalen Demokratie, wie er in parlamentarisch-demokratischen Systemen zum Ausdruck kommt.

Ergänzend zu den oben gemachten Ausführungen kann Folgendes gesagt werden: Deutsche Rechtsextremisten haben eine eigene Begriffs- und Gedankenwelt aufgebaut. Bei der extremistischen Rechten liegen sowohl eine sehr ausgeprägte Ideologie und kollektive Identität als auch ein daran ausgerichteter Lebensstil vor. Es sind vor allem die ideologischen Elemente des völkischen Nationalismus, des (biologischen wie kulturellen) Rassismus und des Antisemitismus, die der deutschen rechtsextremistischen Bewegung in unterschiedlichen Variationen und Vermischungen ein gemeinsames Bewusstsein verschaffen.

So zieht der deutsche Rechtsextremismus markante Grenzen innerhalb des Gesellschaftssystems – er übt an der Gesellschaft gleichsam Fundamentalkritik von außen. Die Selbstwahrnehmung, politisch verfolgt und – sowohl als "weiße Rasse" als auch individuell – bedroht bzw. den Repressionen eines als illegitim empfundenen Staates ausgesetzt zu sein, verstärkt die kollektive Identität der extremistischen Rechten noch einmal erheblich und bildet die vielleicht sogar wichtigste Klammer, die diese Bewegung zusammenhält. Die kollektive Identität als Gegenbewegung – oder, wie sich Teile der Szene bezeichnen: als "nationaler Widerstand" – wird also hauptsächlich über Konflikte mit dem "System" und Dritten konstruiert. Darüber hinaus kommen die gemeinsame Bewegungsgeschichte (Mythen und Märtyrer-Legenden), gemeinsame kulturelle Praktiken (Rituale, Symbole, Mode), gemeinsame Treffpunkte (zum Beispiel lokale Jugendclubs, Szeneläden, die jährlichen Rudolf-Heß-Gedenkmärsche oder Demonstrationen zum 1. Mai), sowie gemeinsame Szenemedien zum Tragen (zum Beispiel sogenannte Zines oder Internetseiten). Mittlerweile kann sogar von einer "Erlebniswelt Rechtsextremismus" gesprochen werden, die in der Lage ist, eine Verbindung von Lebensgefühl, Freizeitwert und politischen Botschaften herzustellen

Als neue Kampfbegriffe haben sich Antiimperialismus und auch eine vehement vertretene, antikapitalistisch verbrämte Ablehnung der Globalisierung etabliert. Das ideologische Arsenal von Volk und Nation wird von deutschen Rechtsextremisten um Kampfbegriffe wie Globalisierung, Kapitalismus, Imperialismus und Identität erweitert und so auch international kompatibel gemacht. Deutsche Rechtsextremisten reklamieren eine Deutungshoheit ihres "nationalen Sozialismus" und verknüpfen die in diesem Sinne neu gestellte soziale Frage mit dem Thema der Migration, schüren rassistische Ressentiments vor allem gegen Einwanderer und fordern eine nationalistische Schließung gegenüber den mit der Globalisierung verbundenen gesellschaftlichen und ökonomischen Öffnungs- und Liberalisierungstendenzen.

#### **4.2 Ideologische Grundzüge des türkischen Rechtsextremismus**

Die "Ülkücü-Bewegung", auch bekannt unter der Bezeichnung 'Graue Wölfe', kann als dominante Kraft des türkischen Rechtsextremismus angesehen werden. Der 'Graue Wolf' [BILD], der die Türken laut Ergenekon-Legende etwa Ende des 7. Jahrhunderts n. Chr. aus einer Bergregion in Zentralasien geführt und ihnen den Weg zu neuer Macht gewiesen haben soll, ist neben den "drei Halbmonden", [BILD], die das Symbol der MHP sind, und früher auf Fahnen des Osmanischen Reiches zu sehen waren, ihr Hauptsymbol. Die Ülkücü-Bewegung umfasst dabei ein breites Spektrum ultranationalistischen Gedankenguts, das darüber hinaus von islamisch bis hin zu rassistisch verschiedene Elemente beinhaltet. Die Wurzeln dieser Ideologie haben ihren Ursprung in der Umbruchphase des Osmanischen Reiches. Der als Reaktion auf die nationalistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts in Europa entstandene türkische Nationalismus verfolgte die Idee der Einheit aller Türken als Gegenentwurf zum ethnisch und religiös heterogenen Osmanischen Reich. Hieraus erwuchsen die nationalistischen Strömungen des Turanismus/Panturkismus und des Turkismus. Diese definieren das Türkentum mal eher ethnisch, dann aber auch wieder geistig-kulturell und pflegen eine enge Verbundenheit mit allen Turkvölkern (Völker, die zur türkischen Sprachfamilie gehören) und diesen geistig-kulturell "verwandten" Völkern (z.B. Bosnier, Tscherkessen aber auch Mongolen). Sich mit diesen Völkern, der "türkischen Welt" ("Türk dünyası"), aufgrund ethnischer, historischer und/oder kultureller Gemeinsamkeiten politisch zu vereinigen, ist der Kern des Panturkismus bzw. Turanismus (abgeleitet von "Turan", einer vermutlich persischen Bezeichnung für die nicht-iranischen, türkischen Steppenvölker nördlich von Oxus und Jaxartes, die als Synonym für "türkisches Land" steht).

Der Kemalismus als spätere Staatsideologie der türkischen Republik distanzierte sich von diesen Vorstellungen und erkannte das Territorium innerhalb der durch den türkischen Unabhängigkeitskrieg bestimmten Grenze gemäß des Vertrages von Lausanne<sup>2</sup> vom 24. Juli 1923 als gültige Grenze der neu gegründeten türkischen Republik an. Die verschiedenen ethnischen Gruppierungen innerhalb dieses Territoriums sollten unter der Bezeichnung "Türke" durch Assimilation im "Türkentum" verschmelzen. Zugleich sollte der Nationalismus die bisherige Rolle der Religion und deren integrierende Wirkung ersetzen. Gleichwohl kam dem sunnitischen Islam als Bindeglied unter der muslimischen Bevölkerung und als Begleiter des Türkisierungsprozesses immer noch eine bedeutsame Rolle zu. In der Ülkücü-Bewegung bestehen die während der Übergangsphase vom Osmanischen Reich entstandenen panturkistischen Vorstellungen zusammen mit einer radikalen und kompromisslosen Interpretation des Turkismus fort.

Die maßgeblichen Ideologieelemente der heutigen Ülkücü-Bewegung sind:

- : Panturkismus/Turanismus, mit der Zielvorstellung von einer weltweiten Vereinigung der Türken in einem fiktiven Land "Turan", in dem alle Turkvölker vom Balkan bis zur Behringstraße vereint sind. Daher ist auch der Begriff Türk Dünyası (türkische Welt) in fast allen Publikationen, Medien und Webseiten der Bewegung anzutreffen.
- : die türkische Auslegung des sunnitischen Islams in Form der sogenannten "Türkisch-islamischen Synthese". Diese – unterschiedlich stark betonte – Synthese findet als wichtiger Bestandteil der Ülkücü-Bewegung ihren Ausdruck im Ülkücü-Slogan "Islam ist unsere Seele, Türkentum ist unser Leib".
- : der Begriff "Rasse", der jedoch von verschiedenen Strömungen der Ülkücü-Bewegung eher kulturell im Sinne eines Ethnopluralismus interpretiert wird. Teilweise werden z.B. die Kurden als Türken anerkannt, wenn sie sich vorbehaltlos zum Türkentum bekennen oder sie werden als ein Zweig der Turkstämme betrachtet. Für andere Ülkücü-Gruppierungen sind die Kurden Angehörige einer anderen, unterlegenen Rasse und somit "ewige Feinde", die versklavt werden müssen. Der Gedanke der Überlegenheit der "türkischen Rasse" gegenüber allen anderen Nationalitäten und Ethnien offenbart sich in Slogans wie "Es lebe die erhabene türkische Rasse" und "Wenn Du ein Türke bist, sei Stolz; wenn Du keiner bist, gehorche!".
- : die hierarchische Struktur der Bewegung, die auf den "Basbug" (den Führer) ausgerichtet ist. Der 1917 in Zypern geborene und 1997 in Ankara gestorbene Alparslan Türkeş wird als "ewiger Führer" der Bewegung verehrt.
- : Feindbilder: in der Ülkücü-Ideologie bestehen zahlreiche Feindbilder und Verschwörungstheorien, die als Erklärungsmuster für negative Ereignisse oder Entwicklungen aller Art, von Naturkatastrophen bis zu alltäglichen Problemen, dienen. Zentrale Feindbilder sind vor allem Amerikaner, Juden, Armenier, Kurden und politische Gegner, wie die türkische Regierungspartei AKP. Im Zentrum der Verschwörungstheorien steht die jüdische Weltherrschaft. Neben dem Antisemitismus und dem Antiamerikanismus wird die Feindschaft gegen die Freimaurer im Rahmen der Verschwörungstheorien öfter thematisiert. Die "christliche Welt" gilt ebenfalls als allgemeiner Feind des Türkentums.
- : Homophobie: Auch Homosexuelle, Transvestiten und Transsexuelle zählen zu den "Feinden" und Hassobjekten. Sie werden als Gruppen in öffentlichen Darstellungen regelmäßig gedemütigt und beschimpft.

Zu den von Ülkücü-Anhängern strikt abgelehnten und politisch bekämpften Positionen gehören:

---

<sup>2</sup> Im Vertrag von Lausanne wurden die Bestimmungen des Vertrags von Sèvres vom 10. August 1910 revidiert und damit der Verlust großer Teile der heutigen Türkei verhindert. Mit der Unterzeichnung des Vertrages von Sèvres zwischen der Entente und dem Osmanischen Reich wurde der Erste Weltkrieg beendet und das Osmanische Reich verlor einen Großteil seines Territoriums. Dieser Vertrag wurde von der Nationalbewegung unter Mustafa Kemal Atatürk abgelehnt. Nach dem Sieg der kemalistischen Truppen wurde der Vertrag von Lausanne zwischen der Republik Türkei und den Ländern Großbritannien, Frankreich, Italien, Griechenland, Rumänien, dem neuentstandenen Jugoslawien und Japan geschlossen.

- : Politische und/oder kulturelle Zugeständnisse an Minderheiten in der Türkei. Sie werden schnell als Separatismus ausgelegt.
- : Land- und Immobilienerwerb durch kapitalkräftige ausländische Unternehmen in der Türkei. Sie gelten als "Ausverkauf" des Vaterlands.
- : die Idee einer multikulturellen Gesellschaft.
- : der EU-Beitritt der Türkei, der als "Hochverrat" bezeichnet wird.
- : die Idee von universellen Menschenrechten.
- : die Anerkennung des Genozids an den Armeniern und jeder diesbezügliche Versöhnungsgedanke.

Welchen Feinden der Kampf der Ülkücü-Anhänger gilt, ergibt sich ebenfalls aus dem Ülkücü-Eid:

*"Ich schwöre bei Allah, dem Koran, dem Vaterland, bei meiner Flagge  
 Meine Märtyrer, meine Frontkämpfer sollen sicher sein  
 Wir, die idealistische türkische Jugend, werden unseren Kampf gegen  
 Kommunismus, Kapitalismus, Faschismus und jegliche Art von Imperialismus fortführen  
 Unser Kampf geht bis zum letzten Mann, bis zum letzten Atemzug, bis zum letzten Tropfen Blut  
 Unser Kampf geht weiter, bis die nationalistische Türkei, bis das Reich Turan erreicht ist  
 Wir, die idealistische türkische Jugend, werden niemals aufgeben, nicht wanken,  
 wir werden siegen, siegen, siegen  
 Möge Allah die Türken schützen und sie erhöhen"*

Dieser Eid, der auf zahlreichen Web-Seiten der Ülkücü-Bewegung nachzulesen ist, wird auch in Deutschland oftmals zu Beginn von Partei- oder auch Kulturveranstaltungen der Bewegung gesprochen. Die psychologische Wirkung des Textes wird dabei häufig durch die gleichzeitige Präsentation der Nationalflagge noch verstärkt. In der Ülkücü-Terminologie werden islamische und nationalistische Begriffe in einer bestimmten Art und Weise miteinander verflochten. Die Ülkücü-Anhängerschaft pflegt darüber hinaus einen "Märtyrerkult", der sich aber auf die Verehrung der für die Ülkücü-Sache Gestorbenen beschränkt und häufig in literarischen oder musikalischen Werken ihren Ausdruck findet. Trotz der teilweise stark islamisch geprägten Parolen können die Ülkücü-Anhänger von den Anhängern der islamistischen Bewegungen klar abgegrenzt werden.

Bei der Verbreitung ihrer Propaganda spielen das Internet und die Musik eine wichtige Rolle. Sowohl die Ülkücü-Webseiten als auch von Ülkücü-Anhängern ins Internet gestellte Videos (u.a. bei YouTube) werden häufig von Rapmusik, türkischer Volksmusik oder osmanischer Militärmusik untermalt. Nicht selten ist in den Internetpostings eine gegen die "Feinde des Türkentums" gerichtete, äußerst vulgäre Sprache vorzufinden. In zahlreichen, offen zugänglichen Videoportalen, aber auch in einem Netzwerk türkisch-nationalistischer Webseiten präsentieren Jugendliche ihre extremistischen Forderungen und Positionen. Die hier bekannten Videos sind überwiegend in türkischer Sprache aufgezeichnet. Sie enthalten extrem kurden-, homosexuellen-, jüden-, armenier- und USA-feindliche Aussagen sowie obszöne und beschimpfende Darstellungen. Sie hetzen gegen das friedliche Zusammenleben der verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppierungen und fördern damit auch in Deutschland das Entstehen von Parallelgesellschaften mit dem entsprechenden Konfliktpotenzial. Ihr umfangreiches Netzwerk im Internet ermöglicht es der Ülkücü-Anhängerschaft miteinander in engem Kontakt zu bleiben und Informationen auszutauschen. Über zahlreiche, von Europa bis nach Asien ausstrahlende Fernsehkanäle verbreitet die Ülkücü-Bewegung zusätzlich ihre Ideologie weltweit.

### 4.3 Vergleich

Wie gezeigt, weisen die Ideologien des deutschen und des türkischen Rechtsextremismus ähnliche Grundzüge auf. In der folgenden Tabelle soll die Vergleichbarkeit der beiden Phänomene noch einmal anhand von zentralen Elementen veranschaulicht werden:

	Deutscher Rechtsextremismus	Türkischer Rechtsextremismus (Ülkücü-Bewegung)	Vergleichbarkeit
Nationalismus	Starker Bezug zur deutschen Nation mit übersteigertem Nationalbewusstsein, das die deutsche Nation sowohl politisch-territorial als auch kulturell als höchsten Wert ansieht.	Starker Bezug zur türkischen Nation mit übersteigertem Nationalbewusstsein, das die türkische Nation sowohl politisch-territorial als auch kulturell als höchsten Wert ansieht.	hoch
Rassismus	Rassische oder ethnische Ungleichheit wird unterstellt. Deutsche werden zumeist einer hochentwickelten "arischen Rasse" zugerechnet.	Eine Überlegenheit der "türkischen Rasse" wird grundsätzlich angenommen. Vor allem Kurden gelten als minderwertig, außer sie bekennen sich ausdrücklich zum Türkentum.	mittel
Antisemitismus	Juden gelten als historische Hauptfeinde. Es existieren Verschwörungstheorien, die eine jüdische Weltherrschaft unterstellen.	Judenfeindschaft ist sehr ausgeprägt. Es existieren Verschwörungstheorien, die eine jüdische Weltherrschaft unterstellen.	hoch
Reichsidee	Wiederherstellung des Deutschen Reichs als Ziel.	Ziel der Errichtung eines groß-türkischen Reichs "Turan".	mittel
Volksidee	Deutschsein wird ethnisch-völkisch definiert durch Blutsabstammung. Hieraus ergibt sich ein Volksgemeinschaft mit einer Volksseele.	Türkischsein wird nicht primär ethnisch, sondern durch Bekenntnis zum Türkentum definiert.	niedrig
Mythen	Reichsidee, Wehrmacht, Kriegsschuld, Jüdische Weltverschwörung, Holocaustleugnung, Märtyrerkult, Germanentum.	Idee des Lands "Turan", frühere türkische/mongolische Reiche, Pan-turkismus, Jüdische Weltverschwörung, Märtyrerkult.	mittel
Feindbilder	"Kultur- oder volksfremde" Einwanderer, Juden/Israel, USA.	USA, Juden/Israel, Kurden, Armenier, Schwule/Lesben.	hoch
Führerkult	Weitgehend hierarchisch, teilweise Hitler-Verehrung bzw. weit verbreiteter Kult um Wehrmacht und Rudolf Heß.	Streng hierarchisch, Verehrung des "Basbug" (Führer) Alparslan Türkes als "ewigem Führer".	mittel

Religion	Weitgehende Ablehnung des Christentums als "judäo-christlich", Hinwendung zu germanischen Göttern.	Anti-christlich, pro-islamisch in Form einer "türkisch-islamischen Synthese", aber <u>nicht</u> islamistisch.	niedrig
Gewalt	Gewalt als zentraler Bestandteil einiger Szenen, von anderen abgelehnt. Jedoch gleichbleibend hohes Aufkommen rechts-extremistisch motivierter Gewalttaten.	Gewalt als zentraler Bestandteil einiger Szenen, von anderen abgelehnt. Hohes Gewaltpotenzial und starke Gewaltverherrlichung vor allem bei jungen Ülkücü-Anhängern. <sup>3</sup>	hoch
Jugendkultur	Erlebniswelt, d.h. die Verbindung von Lebensgefühl mit politischen Botschaften, u.a. durch Musik, Internet, Mode, Markenzeichen.	Keine geschlossene Erlebniswelt und nur begrenzt jugendorientiert. Dennoch starke Präsenz im Internet und eigene Zeichen, Symbole und Musik.	niedrig
Staat	Die freiheitliche demokratische Grundordnung und der Parlamentarismus werden weitgehend abgelehnt, die staatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland soll beseitigt werden.	In der Türkei ist die Ülkücü-Bewegung etabliert, systemerhaltend und -stützend. In Deutschland tritt sie nicht offen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ein, es werden jedoch Kernbereiche von Grund- und Menschenrechten strikt abgelehnt.	niedrig

Wie aus der Gegenüberstellung zu ersehen, ist die Vergleichbarkeit des türkischen und des deutschen Rechtsextremismus besonders hoch in den Kategorien Nationalismus, Antisemitismus, Feindbilder und Gewalt. Weitere Übereinstimmungen ergeben sich beim Rassismus, der Reichsidee, dem Stellenwert von Mythen und dem Führerkult. Ebenso wie die Ideologie des deutschen Rechtsextremismus hat auch die des türkischen tatsächliche Folgen im gesellschaftlichen Alltag, die bis hin zur offenen Gewalt reichen.

In Nordrhein-Westfalen wurde dies u. a. im Oktober/November 2007 öffentlich sichtbar. Im Zusammenhang mit den türkisch-kurdischen Auseinandersetzungen im Grenzgebiet des Nord-Irak kam es zu zahlreichen pro-türkischen Demonstrationen, unter anderem am 28. Oktober 2007 in Köln. Bei dieser Demonstration, die unter dem Motto "Gegen den PKK-Terror" angemeldet war, wurde von einem Jugendlichen, der auf seiner Jacke die Aufschrift "Bozkurt" (Grauer Wolf) trug, unter dem Jubel der umstehenden Teilnehmer, eine Fahne mit dem Konterfei Abdullah Öcalans verbrannt. Dabei skandierten die Umstehenden auf türkisch "Verdammt sei die PKK". Darüber hinaus wurde immer wieder, insbesondere von Jugendlichen, durch das mit der Hand gezeigte Wolfsymbol auf die Ülkücü-Bewegung Bezug genommen. Im Anschluss an die Kundgebung kam es dann noch zu einer verbalen und tätlichen Auseinandersetzung zwischen Türken und Kurden. Ca. 70 türkische Kundgebungsteilnehmer marschierten in Richtung eines kurdischen Vereins in Köln und provozierten aggressiv die dort anwesenden Kurden. Die beiden Parteien versuchten bis zum Eintreffen der Polizei sich gegenseitig mit Steinen und Stöcken zu verletzen.

Die von Rechtsextremisten aller Couleur propagierte völkische Re-Nationalisierung und Re-Ethnisierung der Politik ist eine fundamentale Kampfansage an die freiheitliche demokratische Gesellschaftsordnung und muss ent-

---

<sup>3</sup> Durch Ülkücü-Anhänger verübte Gewalttaten werden nicht separat erfasst. Diese Angabe ist somit nicht statistisch untermauert.

sprechend ernst genommen werden. Vor allem das Erstarren eines übersteigerten türkischen Nationalbewusstseins, insbesondere unter den oft in Deutschland geborenen türkischstämmigen Jugendlichen der zweiten und dritten Zuwanderergeneration, gibt Anlass zur Sorge, nicht zuletzt da dies der Integration der Jugendlichen in die Lebens- und Gesellschaftsverhältnisse in Deutschland abträglich ist. Ob die Beeinflussung der Jugendlichen allein durch das Internet oder auch in den Vereinen oder durch Mitschüler erfolgt, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. In jedem Fall ist aber die Schule ein Ort, wo eine Beeinflussung erfolgen kann, wie nicht zuletzt die oben genannten Vorfälle an Kölner Schulen deutlich gemacht haben.

Die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu informieren und aufzuklären, gehört zu den Hauptaufgaben des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen. „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ ist jedoch nicht nur ein Arbeitsauftrag, sondern ein besonderes Anliegen. In diesem Sinne steht die Berichterstattung über die Ülkücü-Bewegung in Deutschland am Anfang und wird intensiv weiter geführt werden.